

■ 1 Einleitung

Nur ein Strohfeuer?

Noch im Sommer 2000 lauteten die Wachstumsprognosen für 2001 auf drei Prozent Steigerung beim Bruttoinlandsprodukt. Im Herbst kehrte dann – parallel zur Entwicklung an den Finanzplätzen, den Rückgängen in den USA und der dürftigeren Auftragsituation in der Industrie – Bescheidenheit ein. Inzwischen prognostiziert man für 2001 eine Steigerung des Bruttoinlandsproduktes zwischen 2,5 und 2,8 Prozent.

Auch die vorliegende Analyse zum Handwerk, die alljährlich seit 1976 veröffentlicht wird, sprach im Frühjahr 2000 davon, dass „am Ende des Winters 1999/2000 Deutschlands Handwerk auf eine deutlich bessere Umsatzsituation als im Vorjahr zurückblickt. Und: Die aktuelle Entwicklung des gesamtdeutschen Handwerks lässt sich als Trend für die Zukunft fortschreiben.“ Dieser Optimismus des Vorjahres war bereits im Herbst nicht mehr durchzuhalten: So schreibt die Handwerkskammer Düsseldorf in ihrem Lagebericht Handwerk Herbst 2000: „Das gesamtwirtschaftliche Umfeld beeinflusst die Konjunktur im Handwerk des Kammerbezirks. Der saisonübliche Herbstaufschwung blieb aus.“

Ob es sich bei den gesamtwirtschaftlichen „Ernüchterungen“ seit dem Herbst um einen Abwärtstrend handelt oder nur um eine Delle in einer langfristigen Aufwärtsentwicklung, bleibt offen. Für die Konjunktur im Handwerk ist nur sehr indirekt der Boom im Export die Ursache. Natürlich hat ein Ausfuhrrekord in Deutschland mit Waren und Dienstleistungen im Werte von 1,3 Billionen DM in 2000 auch seine Resonanz bei den Handwerksbetrieben gefunden. Doch entscheidend dürfte die Binnenkonjunktur sein, die bestimmt ist von den Investitionen und vor allem vom privaten Konsum.

Der Sachverständigenrat spricht in seinem Jahresgutachten nicht nur von einer Verbesserung der Investitionsbedingungen, sondern auch von einer Zunahme der privaten Konsumausgaben (2,5 Prozent – und damit 0,6 Prozentpunkte stärker als im Jahr 2000). An-

Handwerk und Export?

getrieben werden dürfte der private Konsum auch von den Steuererleichterungen bei der Einkommenssteuer. Die aktuelle Befragung der vorliegenden Handwerksanalyse im Februar 2001 wird darauf antworten, ob nach den Dämpfern im Herbst des Vorjahres die aktuellen Bewertungen zur Konjunkturlage und die Prognosen zur weiteren ökonomischen Entwicklung den Aufwärtstrend von vor einem Jahr fortschreiben können oder ob 2001 eine schwarze Null schon ein Erfolg wäre.

■ **2 Die aktuelle Geschäftslage des Handwerks**
2.1 Die allgemeine Geschäftslage

Bei der Bewertung der allgemeinen Geschäftslage hat das Handwerk zurückgesteckt: Waren es im Jahr 2000 noch 33,5 Prozent der Betriebe, die sehr gute und gute Noten für ihr Geschäftsklima bereit hielten, so sind es 2001 noch 29,5 Prozent. Dem entspricht der Zugang bei den schlechten Noten: Gegenüber dem Vorjahr (18,4 Prozent) sind es 2001 22,5 Prozent der Befragten, die ein mangelhaft oder sogar ungenügend verteilen.

Tab. 1: Geschäftslage im Handwerk

■	Deutschland	West	Ost
sehr gut	5,7 (5,6)	6,1 (7,4)	4,8 (2,4)
gut	23,8 (27,9)	24,9 (28,9)	21,0 (26,1)
befriedigend	29,6 (29,9)	31,6 (30,9)	24,3 (28,2)
ausreichend	18,2 (16,9)	20,2 (18,0)	13,1 (15,1)
mangelhaft	17,9 (14,6)	14,2 (11,1)	27,4 (20,4)
ungenügend	4,6 (3,8)	2,8 (2,1)	9,1 (6,8)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Geschäftsklima hat gelitten

Die Verschlechterung in den Bewertungen ist sowohl in den alten wie in den neuen Bundesländern zu finden. In Ostdeutschland fielen die Urteile allerdings schon im Vorjahr dürrer aus als im Westen. Diese Kluft hat sich nun vergrößert. So sprechen Westdeutschlands Handwerker zu 17,0 Prozent von einer mangelhaften bis ungenügenden Geschäftslage (Vorjahr: 13,2 Prozent); in Ostdeutschland sind es nach

27,2 Prozent (2000) nunmehr 36,5 Prozent der Befragten.

Deutlich verbessern konnten sich der Bekleidungs- und der Nahrungsmittelsektor des Handwerks. Im vorherigen Jahr noch Sorgenkind mit nur 6,3 Prozent (Bekleidungshandwerke) beziehungsweise 14,7 Prozent (Nahrungsmittelhandwerke) guter Bewertungen hat man binnen Jahresfrist deutlich zulegen können. 20,4 Prozent der Handwerksbetriebe aus den Bereichen Leder und Textil sowie 18,5 Prozent des Nahrungsmittelhandwerks geben gute Noten. Einschränkend ist allerdings anzumerken, dass trotz einer Verbesserung diese Gewerke immer noch das Schlusslicht darstellen. Nur die Bau- und Ausbaubetriebe weisen mit 20,3 Prozent guter Bewertungen und 31,1 Prozent schlechter Noten ein noch schlechteres Bild auf.

Verbesserungen im konsumnahen Bereich

Tab. 2: Auftragslage der Wirtschaftsbereiche

■	sehr gut und gut	befriedigend und ausreichend	mangelhaft und ungenügend
Bau/Ausbau			
Deutschland	20,3 (27,3)	48,7 (46,0)	31,1 (24,4)
West	21,2 (31,7)	55,1 (46,9)	23,7 (18,0)
Ost	18,7 (22,2)	35,9 (44,9)	45,4 (32,2)
Metall			
Deutschland	39,3 (38,7)	43,6 (44,4)	16,9 (16,3)
West	41,4 (43,6)	45,8 (44,8)	12,5 (11,6)
Ost	32,7 (30,6)	36,6 (43,6)	30,8 (24,2)
Holz/Kunststoff			
Deutschland	31,9 (40,5)	53,3 (42,9)	14,6 (15,6)
West	28,1 (38,4)	57,7 (45,4)	14,1 (14,7)
Ost	42,4 (45,6)	41,5 (36,8)	16,2 (17,5)
Bekleidung			
Deutschland	20,4 (6,3)	55,1 (66,3)	20,4 (27,4)
West	21,1 (8,5)	57,9 (66,2)	21,1 (25,4)
Ost	18,2 (-)	45,5 (65,9)	18,2 (34,2)
Nahrungsmittel			
Deutschland	18,5 (14,7)	56,9 (59,7)	24,6 (25,7)
West	25,5 (4,9)	59,6 (70,3)	14,9 (24,7)
Ost	- (42,9)	50,0 (28,6)	50,0 (28,6)
sonst. Handwerk			
Deutschland	30,8 (32,0)	51,8 (52,9)	16,8 (13,2)
West	31,6 (31,3)	54,3 (57,6)	13,4 (8,7)
Ost	27,8 (34,3)	41,7 (39,1)	30,5 (26,7)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () Vorjahresangaben

Ein weiterer Wermutstropfen ist dieser Erholung beizufügen: Die Verteilung der Betriebe auf die einzelnen Handwerksgruppen lässt für Bekleidung, Textil und Leder nur vier Prozent, für die Nahrungsmittelhandwerke nur acht Prozent an den 684.000 „echten“ Handwerksbetrieben in Deutschland zu. Ganz anders schlägt sich die Verschlechterung im Bausektor nieder, dem 25 Prozent der Handwerksbetriebe in Deutschland angehören (hinzu kommen noch einmal 33 Prozent bei den handwerksähnlichen Betrieben), der damit unter dem Strich für eine Verstärkung der Schatten auf dem Bild der aktuellen Geschäftslage im Handwerk insgesamt sorgt.

Aussagen zur aktuellen Geschäftslage bleiben stets im „Atmosphärischen“. Das spricht allerdings nicht gegen ihre Aussagekraft: So hat der Ifo-Geschäftsklimaindex im Sommer begonnen, den Rückwärtsgang einzulegen (die letzten Monatswerte allerdings zeigen wieder eine Verbesserung), früher als die „harten“ Zahlen zur Ordersituation oder Kapazitätsauslastungen lassen sich hier Veränderungen ablesen.

2.2 Aktuelle Umsatzentwicklung

Die Umsätze deutscher Handwerksbetriebe haben im Laufe des letzten halben Jahres deutliche Rückgänge zu verzeichnen. Nachdem der Aufschwung zu Beginn des Jahres 2000 30 Prozent der Handwerksunternehmen zur Feststellung steigender Umsätze brachte, sind es 2001 nur noch 21,8 Prozent. Der positive Saldo des Vorjahres ist dahin: 35,2 Prozent (Vorjahr: 25,9 Prozent) melden sinkende Umsätze.

Umsätze dümpeln nur

Tab. 3: Umsatzentwicklung im Handwerk

■	Deutschland	West	Ost
gestiegen	21,8 (30,0)	24,0 (34,0)	16,1 (23,3)
stabil	42,7 (42,8)	45,3 (41,3)	35,8 (45,5)
gesunken	35,2 (25,9)	30,5 (23,5)	47,5 (30,0)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Tatsächlich nennt auch der ZDH für das Gesamtjahr 2000 nur ein Umsatzplus von 1,5 Prozent. Damit hat man sehr unterdurchschnittlich gegenüber dem Ge-

samtbruttoinlandsprodukt für 2000 von rund 3,0 Prozent agiert.

Nachdem es im Vorjahr noch so ausgesehen hatte, als würde der Bau wieder Anschluss an die Konjunktur gewinnen, hat sich die Situation zum Jahreswechsel deutlich verdüstert. Nur 13,7 Prozent der befragten Unternehmen können steigende Umsätze vorweisen (2000: 22,9 Prozent), 44,9 Prozent – also fast jeder zweite Betrieb – müssen sinkende Umsätze hinnehmen (2000: 28,1 Prozent). Dabei stehen zwei „Krisenfelder“ im Mittelpunkt: Einmal das Bauhauptgewerbe, das noch schwerer getroffen ist als das Ausbaugewerbe; und der Osten Deutschlands, der schlechtere Zahlen als der Westen vorzuweisen hat. So spricht in Ostdeutschland nur noch jeder zehnte Betrieb von steigenden Umsätzen (2000: 17,6 Prozent); mehr als jeder zweite Unternehmer des Bauhandwerks aber ist mit rückläufigen Umsätzen konfrontiert (2000: 37,3 Prozent).

Bau im Osten: desolat

Tab. 4: Umsatzentwicklung in den Wirtschaftsbereichen

■	gestiegen	stabil	Gesunken
Bau/Ausbau			
Deutschland	13,7 (22,9)	41,0 (46,7)	44,9 (28,1)
West	15,3 (27,5)	46,8 (49,9)	37,7 (20,4)
Ost	10,5 (17,6)	29,8 (43,0)	59,0 (37,3)
Metall			
Deutschland	27,7 (30,7)	45,6 (44,1)	26,5 (24,6)
West	28,7 (35,2)	47,5 (38,8)	23,6 (25,1)
Ost	24,8 (23,2)	39,4 (53,0)	35,9 (23,8)
Holz/Kunststoff			
Deutschland	22,2 (35,1)	43,9 (36,1)	33,9 (27,8)
West	24,4 (18,8)	40,7 (42,4)	34,8 (27,3)
Ost	16,2 (50,0)	52,5 (21,1)	31,3 (28,9)
Bekleidung			
Deutschland	26,5 (28,4)	34,7 (33,7)	38,8 (37,9)
West	28,9 (38,0)	31,6 (16,9)	39,5 (45,1)
Ost	18,2 (-)	45,5 (83,3)	36,4 (16,7)
Nahrungsmittel			
Deutschland	18,5 (17,4)	43,1 (22,9)	35,4 (59,6)
West	21,3 (13,6)	46,8 (21,0)	27,7 (65,4)
Ost	11,1 (28,6)	33,3 (28,6)	55,6 (42,9)
sonst. Handwerk			
Deutschland	31,1 (37,2)	38,3 (40,5)	30,0 (21,4)
West	34,7 (40,6)	38,8 (38,8)	26,5 (20,6)
Ost	16,7 (26,7)	36,1 (45,7)	44,4 (23,8)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () Vorjahresangaben

Der Rahmen stimmt nicht

Man halte sich vor Augen: Mit einem Rückgang von 2,4 Prozent bei den gesamten Bauinvestitionen in Deutschland liegt man wieder unter dem Niveau des Jahres 1992. Dabei ist es vor allem der Wohnungsbau, der nach den Problemen im gewerblichen und öffentlichen Bau nun auch noch nachgibt. Eine nicht unbedeutende Rolle spielen in diesem Zusammenhang die gesetzlichen Rahmenbedingungen: So nutzten viele Bauherren die noch günstigeren Förderungsmöglichkeiten für das Jahr 1999; auch die Verlängerung der Besteuerung eines Gewinns beim Verkauf privater Immobilien auf zehn Jahre oder die geänderten Regelungen zum Verlustausgleich, wie er bisher für geschlossene Immobilienfonds genutzt wurde, sorgte für Rückgänge beim Bau von Ein- und Mehrfamilienhäusern. In Ostdeutschland kommt für das Baugewerbe der enorme Leerstand hinzu: Während in den alten Bundesländern sechs Prozent aller Wohnungen leer standen, waren es in den neuen Ländern 13,2 Prozent (Zahlen für 1998). Da nutzen dem Baugewerbe günstige Zinsen, eine immer noch gute Industriekonjunktur und eine Verbesserung bei den Einkommen wenig.

Probleme rund ums Auto

Die meisten negativen Voten im Hinblick auf die Umsatzentwicklung liefert neben dem Baugewerbe der Bereich Karosserie- und Fahrzeugtechnik sowie das Kraftfahrzeughandwerk. Bei den Karosserietechnikern sprechen 60 Prozent der Befragten von sinkenden Umsätzen, bei den Kfz-Mechanikern 44,3 Prozent. Damit ragt man deutlich negativ aus dem Metall- und Elektrohandwerk heraus, das zwar – wie alle Branchen außer dem Nahrungsmittelsektor – leichte Abstriche bei den Umsätzen machen muss, sich aber insgesamt – trotz nachlassender Konjunktur – gut gehalten hat. Letztlich trifft nun den Werkstattbereich der Einbruch, der auch der Autoindustrie insgesamt zu schaffen macht. Rückläufige Zahlen bei den Neuzulassungen und gestiegene Kfz-Kosten sorgen bei den entsprechenden Handwerksbereichen für Umsatzrückgänge.

2.3 Angebots- und Bezugspreise

Der Preisauftrieb hält an. Von 2,2 Prozent Inflationsrate im Dezember 2000 über 2,4 Prozent im Januar ist man nun bei 2,6 Prozent gelandet. Damit wird nicht nur die Hoffnung auf Zinssenkungen der Europäischen Zentralbank unwahrscheinlicher – die (noch) moderate Teuerungswelle trifft vor allem die Betriebe, die – wie das Handwerk – gestiegene Einkaufspreise an Endverbraucher weitergeben müssen.

Auch das Handwerk in Deutschland hat seine Preise angehoben: 17,5 Prozent der Befragten (Vorjahr: 12,7 Prozent) verzeichnen Preissteigerungen innerhalb des letzten halben Jahres. Entsprechende Rückgänge zeigt der Anteil der Betriebe, die Preissenkungen durchführen mussten: Waren es im Vorjahr noch 31,3 Prozent, so sind es 2001 27,0 Prozent.

Tab. 5: Angebotspreise im Handwerk

■	Deutschland	West	Ost
gestiegen	17,5 (12,7)	18,6 (14,3)	14,5 (10,0)
stabil	55,2 (55,5)	57,4 (57,0)	49,3 (52,7)
gesunken	27,0 (31,3)	23,5 (27,9)	36,1 (37,1)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Einen Spielraum für Preiserhöhungen findet das Handwerk nach wie vor eher in West- als in Ostdeutschland: Während in den alten Ländern 18,6 Prozent des Handwerks höhere Preise durchsetzen, sind es in Ostdeutschland nur 14,5 Prozent. Dagegen müssen 36,1 Prozent der ostdeutschen Betriebe Preissenkungen vornehmen – in Westdeutschland sind 23,5 Prozent.

Am ehesten gelingt es den Sektoren Bekleidung (28,6 Prozent) und Nahrungsmittel (29,2 Prozent) mit höheren Angebotspreisen Käufer zu finden. Hier hat wohl tatsächlich die Entlastung der privaten Haushalte durch die Senkung der Einkommenssteuer, die Erhöhung des Kindergeldes und eine – allerdings nur geringe – Verringerung der Beitragssätze zur Sozialversicherung, erste Auswirkungen gezeigt. Vor allem die steigende Erwerbstätigkeit setzt Kaufkraft frei: So

Preise heraufgesetzt

konnte der Facheinzelhandel im Januar endlich noch einmal zulegen. Vor allem Lederwaren (plus 10,0 Prozent), Schuhe (plus 10,0 Prozent) sowie Textil (plus 6,0 Prozent) und schließlich der Lebensmitteleinzelhandel (plus 4,0 Prozent) erfreuten sich einer Konsumbelebung.

Tab. 6: Angebotspreise nach Wirtschaftsbereichen

■	gestiegen	stabil	gesunken
Bau/Ausbau			
Deutschland	10,8 (6,5)	48,5 (51,1)	40,5 (41,5)
West	11,1 (8,5)	51,4 (59,1)	37,2 (30,6)
Ost	10,1 (4,1)	42,9 (41,5)	47,1 (54,4)
Metall			
Deutschland	22,4 (14,8)	61,7 (58,4)	15,3 (26,7)
West	23,7 (15,1)	62,8 (56,2)	12,8 (28,7)
Ost	18,4 (14,5)	58,4 (62,1)	23,2 (23,4)
Holz/Kunststoff			
Deutschland	20,3 (11,2)	53,7 (61,3)	26,0 (25,5)
West	23,3 (10,7)	52,6 (60,9)	24,1 (26,9)
Ost	12,1 (12,3)	56,6 (62,3)	31,3 (21,9)
Bekleidung			
Deutschland	28,6 (16,8)	71,4 (58,9)	- (24,2)
West	28,9 (11,3)	71,1 (56,3)	- (32,4)
Ost	27,3 (32,8)	72,7 (67,2)	- (-)
Nahrungsmittel			
Deutschland	29,2 (14,7)	46,2 (67,9)	24,6 (17,4)
West	27,7 (19,8)	48,9 (466,7)	23,4 (13,6)
Ost	33,3 (-)	38,9 (71,4)	27,8 (28,6)
sonst. Handwerk			
Deutschland	19,3 (21,6)	58,4 (49,2)	22,3 (28,2)
West	18,2 (23,8)	62,5 (48,8)	19,2 (26,3)
Ost	23,6 (15,2)	41,7 (50,5)	34,7 (34,3)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () Vorjahresangaben

Preisdumping am Bau

Wie tief der Sturz im Bau- und Ausbaugewerbe ist, zeigen die Angebotspreise. Trotz eines leichten Anstiegs bei der Zahl der Betriebe, die steigende Preise vorweisen (10,8 Prozent; 2000: 6,5 Prozent), bleibt man mit 40,5 Prozent der Befragten (2000: 41,5 Prozent) bei einem zu hohen Anteil von Unternehmen, die mit Dumpingpreisen geradezu ihre Existenz aufs Spiel setzen.

Nicht nur die roten Zahlen zwischen Preissteigerung und –senkung (Saldo: minus 9,5 Prozent), sondern auch der Graben zwischen massiv gestiegenen Bezugspreisen und nur verhaltenen Erhöhungen bei den

Angebotspreisen wird tiefer. Die Teuerung wird insgesamt getrieben von höherer Kraftfahrzeugsteuer für ältere Autos und vor allem von der Ökosteuer, die Benzin um sechs Pfennig je Liter und Strom um 0,5 Pfennig je Kilowattstunde anhebt.

Tab. 7: Bezugspreise im Handwerk

■	Deutschland	West	Ost
gestiegen	62,2 (48,4)	60,2 (44,4)	67,2 (55,2)
stabil	28,6 (39,4)	30,3 (44,6)	24,2 (30,7)
gesunken	9,2 (11,4)	9,5 (9,9)	8,6 (13,9)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () Vorjahresangaben

Es sind fast zwei von drei Handwerksbetrieben (62,2 Prozent), die über steigende Bezugspreise – und wohl nicht nur für Energie – klagen (Vorjahr: 48,4 Prozent). Nicht einmal jeder zehnte Betrieb (9,2 Prozent) vermag billiger einzukaufen (Vorjahr: 11,4 Prozent). Das Nahrungsmittelhandwerk kann zwar zu 29,2 Prozent höhere Preise am Markt durchsetzen – es muss aber auch zu 72,3 Prozent (2000: 48,6 Prozent) höhere Preise beim Einkauf zahlen. Frischfleisch und verarbeitete Ware von Rindern mag im Zeichen der BSE-Krise billiger geworden sein; die Abwanderung der Nachfrage macht aber Produkte von Schweinen und Fischen teurer. Im Nahrungsmittelbereich bleibt hinzu- zufügen, dass Saisonerzeugnisse wie Obst und Gemüse im kalten Januar ebenfalls ihren Preis hatten.

Teure Einkaufspreise kaum zu vermitteln

Das Handwerk muss sein zartes Konsumwachstum mit einem teilweise ruinösen Preiskampf mit dem Einzelhandel und entsprechenden Filialketten teilen (siehe auch unter „Umsätze im Einzelhandel“). Manche Konzerntöchter – nicht zuletzt auch öffentliche Unternehmen – steigen in Handwerksmärkte ein und bieten Preise, die das Handwerk nicht halten kann. Der nordrhein-westfälische Handwerkstag hat in einer aktuellen Umfrage herausgefunden, dass 41,2 Prozent der Handwerker von diesem Preiskampf betroffen sind.

Tab. 8: Bezugspreise in den Wirtschaftsbereichen

■	gestiegen	stabil	Gesunken
Bau/Ausbau			
Deutschland	52,9 (44,9)	32,0 (38,9)	15,1 (15,3)
West	45,3 (37,4)	37,4 (47,8)	17,3 (13,0)
Ost	67,9 (53,7)	21,4 (28,2)	10,7 (18,1)
Metall			
Deutschland	69,6 (55,1)	26,1 (36,8)	4,3 (8,1)
West	70,2 (53,2)	25,4 (39,4)	4,4 (7,4)
Ost	67,6 (58,3)	28,3 (32,3)	4,1 (9,3)
Holz/Kunststoff			
Deutschland	61,0 (50,6)	30,9 (37,7)	8,1 (10,6)
West	64,4 (49,4)	30,7 (38,4)	4,8 (10,7)
Ost	51,5 (53,5)	31,3 (36,0)	17,2 (10,5)
Bekleidung			
Deutschland	61,2 (29,5)	38,8 (61,1)	- (5,3)
West	60,5 (28,2)	39,5 (64,8)	- (7,0)
Ost	63,6 (34,3)	36,4 (49,0)	- (-)
Nahrungsmittel			
Deutschland	72,3 (48,6)	20,0 (44,0)	7,7 (7,3)
West	68,1 (35,8)	21,3 (54,3)	10,6 (9,9)
Ost	83,3 (85,7)	16,7 (14,3)	- (-)
sonst. Handwerk			
Deutschland	70,8 (39,8)	22,6 (45,2)	6,6 (13,2)
West	68,7 (37,5)	24,4 (50,0)	6,9 (10,0)
Ost	79,2 (46,7)	15,3 (30,5)	5,6 (22,9)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () Vorjahresangaben

2.4 Personalsituation

Das Handwerk kann sich rühmen, Deutschlands Wirtschaftsbereich mit den meisten Beschäftigten zu sein. Mehr als sechs Millionen Mitarbeiter sind in Handwerksbetrieben angestellt. Damit ist fast jeder sechste Arbeitsplatz von der Personalsituation im Handwerk abhängig.

Für die Beschäftigungssituation im Handwerk gilt: Auch bei guter Konjunktur kommt es nur zu einer geringfügigen Steigerung der Mitarbeiterzahlen – bei schlechter Wirtschaftslage aber sinken die Zahlen zur Beschäftigung sehr schnell und sehr deutlich ab. So hatten im Jahr 2000 nur 20 Prozent der Unternehmen von einer Aufstockung ihres Personalbestandes gesprochen, gegenüber 19,5 Prozent in 1999 – und dies im Zeichen einer deutlichen konjunkturellen Verbesserung. In diesem Jahr beträgt der Rückgang bei den Personalerhöhungen 4,3 Prozentpunkte; bei den Per-

Handwerk Ost trennt sich von Mitarbeitern

sonalfreisetzen ist ein Anstieg von 29,8 Prozent (2000) auf 35,7 Prozent (2001) festzuhalten.

Tab. 9: Personalbestand im Handwerk

■	Deutschland	West	Ost
aufgestockt	15,7 (20,0)	16,6 (22,2)	13,3 (16,3)
unverändert	48,4 (49,7)	51,7 (49,5)	39,7 (49,9)
verkleinert	35,7 (29,8)	31,3 (27,4)	47,0 (33,8)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () Vorjahresangaben

Vor allem in Ostdeutschland zeigt ein sprunghafter Anstieg beim Anteil der Betriebe, die sich von Mitarbeitern trennen mussten, wie schwierig die Situation ist: Waren es im Vorjahr noch 33,8 Prozent, die den Personalbestand verkleinert haben, so sind es 2001 47,0 Prozent. Damit sind über den Winter die Ankündigungen des Handwerks in der Konjunkturumfrage für das vierte Quartal des ZDH noch übertroffen worden. An dieser Stelle sagten 29 Prozent der Betriebseigner aus, dass sie vorhaben, sich von Mitarbeitern zu trennen.

Am Handwerk wird die Misere des Mittelstandes im Hinblick auf den Arbeitsmarkt nur zu deutlich: Mit gutem Grund kritisiert Präsident Dieter Philipp die Vorhaben der Bundesregierung, die weitere Belastungen für den Arbeitsmarkt im Handwerk darstellen. Als Beispiele nennt er die Ausweitung der Mitbestimmung in den Betrieben, die Einführung des Rechts auf Teilzeitarbeit sowie Entwürfe zur Rentenreform, die mit hohen Beitragsbelastungen einhergehen.

Einschränkungen durch Reformen

Tab. 10: Personalbestand nach Wirtschaftsbereichen

■	aufgestockt	unverändert	verkleinert
Bau/Ausbau			
Deutschland	10,3 (16,3)	42,2 (46,8)	47,2 (35,6)
West	11,5 (22,5)	48,3 (48,1)	39,7 (27,0)
Ost	7,8 (9,0)	30,3 (45,3)	62,0 (45,8)
Metall			
Deutschland	20,5 (22,2)	54,7 (49,9)	24,8 (27,8)
West	20,1 (23,5)	56,3 (47,6)	23,7 (28,8)
Ost	21,9 (20,0)	49,8 (53,8)	28,3 (26,2)
Holz/Kunststoff			
Deutschland	11,9 (19,0)	49,1 (55,6)	39,0 (24,4)
West	14,4 (16,6)	48,9 (59,4)	36,7 (22,5)
Ost	5,1 (24,6)	49,5 (46,5)	45,5 (28,9)
Bekleidung			
Deutschland	10,2 (12,6)	34,7 (47,4)	55,1 (40,0)
West	7,9 (16,9)	39,5 (29,6)	52,6 (53,5)
Ost	18,2 (0,7)	18,2 (98,8)	63,6 (0,5)
Nahrungsmittel			
Deutschland	18,5 (18,3)	41,5 (53,2)	40,0 (28,4)
West	19,1 (19,8)	44,7 (46,9)	36,2 (39,3)
Ost	16,7 (14,3)	33,3 (71,4)	50,0 (14,3)
sonst. Handwerk			
Deutschland	23,4 (26,8)	51,8 (51,5)	24,0 (21,6)
West	23,7 (24,4)	52,6 (54,4)	22,7 (21,3)
Ost	22,2 (34,3)	48,6 (42,9)	29,2 (22,9)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () Vorjahresangaben

Negativer Beschäftigungs- saldo

Im Februar wurden die Arbeitslosenzahlen im Baugewerbe veröffentlicht: Im Januar war jeder vierte Beschäftigte am Bau ohne Job. Daran mag auch die Neuregelung des Schlechtwettergeldes einen Anteil haben. Alarmierend sind die Zahlen aber vor allem, weil sie zeigen, dass die Branche auch für das Frühjahr wenig Hoffnung auf eine konjunkturelle Erholung hegt. Noch höhere Zahlen zu den Entlassungen zeigt das Handwerk im Wirtschaftsbereich Bekleidung und Textil. Hier sind es sogar 55,1 Prozent der befragten Unternehmen, die sich von Mitarbeitern getrennt haben. Am besten schneidet das Metall- und Elektrohandwerk ab, bei dem „nur“ 24,8 Prozent der befragten Betriebe von einer Verkleinerung ihres Personalbestandes sprechen. Doch auch hier ist bei 20,5 Prozent Neueinstellungen ein negativer Saldo beim Personalbestand im letzten halben Jahr geschaffen worden.

■ 3 Erwartungen des Handwerks bis zum Herbst 2001

3.1 Die weitere Entwicklung der Angebotspreise

Das Handwerk steht bei den Preisentwicklungen mit dem Rücken zur Wand: Um die Kosten für gestiegene Bezugspreise, aber auch beim Personal, im Griff zu behalten, sind Erhöhungen der Angebotspreise unausweichlich. Entsprechend geben 27,7 Prozent der Handwerker – so viele, wie in den letzten fünf Jahren nicht – an, ihre Preise erhöhen zu wollen. Auf der anderen Seite stehen 20,6 Prozent der Befragten, die ihre Preise senken (müssen). Die Entwicklung zeigt, wie schwierig sich die Lage für das Handwerk gestaltet. Es findet eine Scheidung der Betriebe statt zwischen Preiserhöhung und –senkung und nur 51,4 Prozent der Handwerker können ihre Preise in Zukunft stabil halten.

Tab. 11: Voraussichtliche Entwicklung der Angebotspreise in Deutschland

■	steigend	stabil	sinkend
1997	22,7	54,8	21,4
1998	16,9	55,4	27,4
1999	17,1	59,0	23,0
2000	17,2	51,0	31,6
2001	27,7	51,4	20,6

Angaben in % der Befragten, Rest o. A.

Preise geraten in Bewegung

Deutlich – einmal mehr – sind die Unterschiede in West- und Ostdeutschland: Während im Westen fast jeder dritte Betrieb (29,9 Prozent) steigende Preise avisiert, sind es in Ostdeutschland 22,0 Prozent. Anders als im Osten der Republik wird in Westdeutschland mit diesen Zahlen allerdings der höchste Anteil seit Jahren geschaffen, während in den neuen Ländern in der ersten Hälfte der vergangenen Dekade bereits hohe Preissteigerungsraten im Zuge eines Nachholbedarfs möglich waren.

Tab. 12: Voraussichtliche Entwicklung der Angebotspreise in Westdeutschland

■	steigend	stabil	sinkend
1997	16,0	56,2	26,4
1998	20,7	59,1	19,6
1999	18,4	62,7	18,1
2000	23,9	57,3	17,7
2001	29,9	51,7	18,4

Angaben in % der Befragten, Rest o. A.

Es sind vor allem die Branchen Bekleidung/Textil/Leder sowie Nahrungsmittel, die zu 57,1 Prozent bzw. 50,8 Prozent von steigenden Preisen für die nahe Zukunft sprechen.

Tab. 13: Voraussichtliche Entwicklung der Angebotspreise in Ostdeutschland

■	steigend	stabil	sinkend
1997	19,8	52,8	25,9
1998	13,8	52,2	33,9
1999	14,1	50,6	34,3
2000	17,2	51,0	31,6
2001	22,0	50,9	26,2

Angaben in % der Befragten, Rest o. A.

Im Westen wie im Osten wird auch in Zukunft im Baugewerbe wenig an der Preisschraube zu drehen sein. Die neuesten Zahlen zu den Preisen der Bauwirtschaft zeigten bereits im vierten Quartal des Vorjahres nur eine Steigerung von 0,3 Prozent gegenüber dem dritten Quartal; zum Jahresende 2000 konnte gegenüber dem Vorjahr nur eine Steigerung von 0,8 Prozent bei den Baupreisen erwirkt werden.

3.2 Umsatzerwartungen

Trotz der Preiserhöhungen fürchten 28,7 Prozent der deutschen Handwerksbetriebe (2000: 21,2 Prozent) sinkende Umsätze. Wie dürrig schätzt das Handwerk den zukünftigen Markt 2001 ein, dass die Zahl der Pessimisten die der Optimisten beim Umsatz deutlich überwiegt? 23,6 Prozent sehen eine Steigerung bei den Umsätzen – im Vorjahr waren es noch 29,0 Pro-

zent. Wie bei manchen Parametern zur aktuellen Lage, so gilt auch hier für Ost- und Westdeutschland: In Westdeutschland fällt der Stimmungsumschwung gegenüber dem Vorjahr deutlicher aus; in Ostdeutschland aber sind die absoluten Werte um einiges niedriger.

Tab. 14: Umsatzerwartungen im Handwerk

■	Deutschland	West	Ost
steigend	23,6 (29,0)	25,1 (34,2)	19,6 (20,1)
stabil	47,5 (49,4)	49,1 (47,4)	43,3 (52,8)
sinkend	28,7 (21,2)	25,6 (17,7)	36,6 (27,1)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () Vorjahresangaben

Neben rund der Hälfte der Betriebe in den alten Bundesländern, die von stabilen Umsätzen für die Zukunft ausgehen, stehen sich positive und negative Prognosen im Hinblick auf die Umsätze etwa in gleicher Höhe gegenüber (steigende Umsätze: 25,1 Prozent; sinkende Umsätze: 25,6). In den neuen Bundesländern gehen nur 43,3 Prozent der Befragten für die Zukunft von einer stabilen Umsatzsituation aus. 19,6 Prozent setzen auf Umsatzausweitungen, 36,6 Prozent fürchten Umsatzrückgänge.

Ursache für die schlechten Zahlen in Ostdeutschland: Das Baugewerbe mit 47,9 Prozent Anteil bei negativer Umsatzprognose. Wie stark das Baugewerbe sowohl die gesamtwirtschaftliche Entwicklung als auch die Entwicklung des gesamten Handwerks in den neuen Ländern berührt, zeigt die ostdeutsche Wachstumsbilanz. Zwischen 1995 und 1999 legte die Bauwirtschaft in Ost und West den Rückwärtsgang ein (West: minus 10,8 Prozent; Ost: minus 21,7 Prozent). In diesen fünf Jahren betrug die Bruttowertschöpfung in den alten Ländern plus 9,8 Prozent, in den neuen Ländern aber nur 8,5 Prozent. Zieht man das Baugewerbe ab, so überholt der Osten den Westen: Während Westdeutschland noch auf einen Zuwachs von 11,0 Prozent in diesem Zeitraum verweisen kann, sind es in Ostdeutschland 14,6 Prozent.

Hoher Anteil des Baugewerbes am BIP

Tab. 15: Umsatzerwartungen nach Wirtschaftsbereichen

■	steigend	stabil	sinkend
Bau/Ausbau			
Deutschland	18,4 (19,1)	41,6 (51,1)	39,5 (29,2)
West	20,9 (25,7)	43,5 (51,9)	35,2 (21,2)
Ost	13,7 (11,2)	37,8 (50,1)	47,9 (38,7)
Metall			
Deutschland	25,2 (29,8)	52,7 (54,1)	22,0 (15,8)
West	27,0 (36,4)	53,1 (48,0)	20,0 (15,2)
Ost	19,7 (18,8)	51,4 (64,3)	28,3 (16,9)
Holz/Kunststoff			
Deutschland	26,8 (37,1)	49,6 (40,5)	23,6 (22,3)
West	27,4 (28,8)	47,0 (45,4)	25,6 (25,8)
Ost	25,3 (57,0)	56,6 (28,9)	18,2 (14,0)
Bekleidung			
Deutschland	14,3 (10,5)	46,9 (41,1)	38,8 (48,4)
West	5,3 (8,5)	55,3 (38,0)	39,5 (53,5)
Ost	45,5 (16,7)	18,2 (50,5)	36,4 (32,8)
Nahrungsmittel			
Deutschland	27,7 (7,3)	43,1 (49,5)	29,2 (39,4)
West	25,5 (4,9)	46,8 (37,0)	27,7 (53,1)
Ost	33,3 (14,3)	33,3 (85,7)	33,3 (-)
sonst. Handwerk			
Deutschland	34,7 (41,4)	50,4 (39,5)	14,9 (19,1)
West	32,6 (42,5)	55,0 (42,5)	12,4 (15,0)
Ost	43,1 (38,1)	31,9 (30,5)	25,0 (31,4)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () Vorjahresangaben

Bei den positiven Aussagen zur Umsatzentwicklung konnten das Bekleidungs- und das Nahrungsmittelhandwerk gegenüber dem Vorjahr deutlich zulegen. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass gerade diese Branchen massiv von strukturellen Änderungen betroffen sind. Optimismus auf der Basis steigender Nachfrage der Endverbraucher können nicht alle Handwerksbetriebe hegen: Entsprechend äußern auch 38,8 Prozent der Bereich Textil/Bekleidung/Leder die Furcht vor sinkenden Umsätzen. Und auch beim Nahrungsmittelhandwerk geben immerhin 29,2 Prozent der Befragten an, dass sie von fallenden Umsätzen betroffen sein werden.

**Konsum: Es gilt das Prinzip
„Hoffnung“**

Die Prognosen für 2001 gehen eindeutig von einer Drosselung des Exports zugunsten eines Aufschwungs beim privaten Konsum und den Investitionen aus. Selbst beim Wohnungsbau und dem gewerblichen Bau erwartet man zumindest leichte Zunahmen. Der Sachverständigenrat jedenfalls hat die Herbstuntersuchun-

gen des Ifo-Instituts und des DIHT, die ebenfalls deutlich nachlassende Erwartungen widerspiegeln, mit Zurückhaltung aufgenommen. Es bleibt zu hoffen, dass der Titel ihres Gutachtens „Chancen auf einen höheren Wachstumspfad“ die deutliche Zurückhaltung im Handwerk ins Positive wendet.

3.3 Entwicklung der Erträge

„Umsatz ist nicht gleich Gewinn“, dieses abgedroschene Bonmot lässt sich auch bei einem Blick auf die Ertragserwartungen des Handwerks in Deutschland anwenden. Tatsächlich sehen die Gewinnchancen nach Ansicht des Handwerks in Zukunft noch schlechter aus als die Umsatzerwartungen.

Tab. 16: Zukünftige Ertragslage im Handwerk

■	Deutschland	West	Ost
steigend	19,6 (24,1)	21,3 (28,3)	15,2 (17,1)
stabil	46,2 (47,7)	47,0 (47,7)	43,9 (47,7)
sinkend	34,1 (27,2)	31,5 (22,6)	40,6 (34,8)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () Vorjahresangaben

19,6 Prozent der Betriebe (2000: 24,1 Prozent) hegen die Hoffnung auf steigende Erträge. Dem stehen 34,1 Prozent (2000: 27,2 Prozent) gegenüber, die einen Rückgang der Gewinne befürchten. In Ostdeutschland sind es mittlerweile sogar 40,6 Prozent der Handwerker (Vorjahr: 34,8 Prozent), die unter dem Strich weniger zu verdienen haben – in Westdeutschland 31,5 Prozent (2000: 22,6 Prozent). 15,2 Prozent (Vorjahr: 17,1 Prozent) der Betriebe in Ostdeutschland und noch 21,3 Prozent (2000: 28,3 Prozent) in Westdeutschland hoffen auf steigende Erträge.

Wie schwierig sich die Situation für das Handwerk im Zeichen sinkender Erträge gestaltet, mag stärker noch beim einzelnen betriebswirtschaftlichen Ergebnis abzulesen sein, als bei den vorliegenden gesamtwirtschaftlichen Umfragen. So zeigen Untersuchungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung beim Handwerksbetriebsvergleich, dass zwar ein durchschnittliches Betriebsergebnis in NRW beim Kraftfahrzeughandwerk von gut 140.000 DM er-

„Negativer Gewinn“

zielt wurde, tatsächlich aber sogenannte kalkulatorische Kosten für die Nutzung eigener Gebäude, dem Einsatz des eigenen Kapitals und der eigenen Arbeitskraft einzubeziehen wären, die dazu führen, dass der „durchschnittliche Reparaturbetrieb“ einen Verlust von mehr als 44.000 DM im Jahr schreiben würde. Vergleichbare Zahlen lassen sich durchaus auch für andere Gewerke aufmachen – sie zeigen, in welcher schwieriger Lage das Handwerk ist und dass ganz unabhängig von konjunkturellen Weiterentwicklungen und den Zweifeln des Handwerks am Optimismus der Forschungsinstitute nur eine solide Finanzierungs- und Ertragssituation das Überleben sichert. Im weiteren Verlauf der Untersuchung wird im Zusammenhang mit der Insolvenzlage im Handwerk auf diese Situation noch einzugehen sein.

Tab. 17: Zukünftige Ertragslage nach Wirtschaftsbereichen

■	steigend	stabil	Sinkend
Bau/Ausbau			
Deutschland	15,0 (16,9)	43,0 (48,1)	41,8 (33,8)
West	18,0 (23,4)	43,5 (50,4)	38,5 (23,8)
Ost	9,0 (9,1)	42,0 (45,3)	48,3 (45,6)
Metall			
Deutschland	21,1 (24,4)	49,8 (50,9)	28,9 (23,7)
West	22,0 (28,2)	51,7 (48,2)	26,2 (22,6)
Ost	18,4 (18,1)	44,1 (55,4)	37,5 (25,6)
Holz/Kunststoff			
Deutschland	20,6 (24,7)	52,0 (46,5)	27,4 (28,8)
West	21,1 (20,3)	48,9 (48,0)	30,0 (31,7)
Ost	19,2 (35,1)	60,6 (43,0)	20,2 (21,9)
Bekleidung			
Deutschland	26,5 (23,2)	42,9 (28,4)	30,6 (48,4)
West	26,3 (19,7)	44,7 (26,8)	28,9 (53,5)
Ost	27,3 (33,9)	36,4 (31,2)	36,4 (34,8)
Nahrungsmittel			
Deutschland	23,1 (18,3)	41,5 (48,6)	35,4 (29,4)
West	23,4 (9,9)	40,4 (45,7)	36,2 (39,5)
Ost	22,2 (42,9)	44,4 (57,1)	33,3 (-)
sonst. Handwerk			
Deutschland	29,5 (37,6)	40,2 (41,4)	29,8 (20,0)
West	28,5 (37,5)	41,9 (45,0)	28,9 (16,3)
Ost	33,3 (38,1)	33,3 (30,5)	33,3 (31,4)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () Vorjahresangaben

Die einzelnen Wirtschaftsbereiche des Handwerks haben fast alle ihre positiven Ertragsaussichten des Vorjahres zurückgenommen. Nur der Bekleidungs-

sektor sowie das Handwerk im Nahrungsmittelbereich konnten beim Anteil positiver Aussagen zur Ertragsentwicklung im nächsten halben Jahr zulegen (Bekleidung 2000: 23,2 Prozent; 2001: 26,5 Prozent / Nahrungsmittel 2000: 18,3 Prozent; 2001: 23,1 Prozent).

Bei Erträgen im Handwerk ist an dieser Stelle immer vom Betriebsergebnis vor Steuern die Rede. Letztlich aber interessiert den selbstständigen Handwerksmeister, was nach dem Durchgang von Steuern und Abgaben unter dem Strich für ihn übrig bleibt. Sicher hat die Steuerreform den großen Kapitalgesellschaften Entlastungen gebracht; und auch bei der Einkommenssteuer machen sich die Erleichterungen bereits in diesem Jahr bemerkbar. Angesichts der beschriebenen schwierigen Ertragslage der Handwerksbetriebe kann aber nur unterstrichen werden, was ZDH-Generalsekretär Schleyer bereits mit seiner Forderung nach einem „Einkommenssteuertarif auf Rädern“ in die Debatte gebracht hat. Wenn der Spitzensteuersatz bereits bei 102.000 DM Einkommen einsetzt, dann nutzen auch Entlastungen wenig. Zu Recht bringt Schleyer in Erinnerung, dass der Spitzensteuersatz in den fünfziger Jahren noch auf Höhe des fünffachen Durchschnittsverdienstes lag und bald bereits beim eineinhalbfachen des Durchschnittseinkommens einschlägig sein wird. Eine Anpassung der tariflichen Grenzen, gerade für die Selbstständigen im Handwerk, ist zur Festigung dieses wichtigsten Wirtschaftsbereichs im Mittelstand unabdingbar.

Nutzt die Steuerreform dem Handwerker

3.4 Zukunft des Personalbestandes

Wer nicht an steigende Umsätze und Gewinne glaubt, der wird auch wenig motiviert sein, neue Mitarbeiter in den Betrieb zu holen. Tatsächlich haben auch die Aussagen des Handwerks zur weiteren Personalentwicklung in 2001 Federn lassen müssen. Aufstocken wollen noch 10,8 Prozent der Handwerksbetriebe (2000: 14,9 Prozent); eine Verkleinerung der Personaldecke planen 22,7 Prozent der befragten Unternehmen (2000: 19,5 Prozent). Tatsächlich ist bereits eine unveränderte Beschäftigtenzahl im Handwerk gewissermaßen ein Erfolg: 66,4 Prozent der Betriebe (2000:

65,4 Prozent) wollen die Zahl ihrer Mitarbeiter auf dem Niveau des Vorjahres halten.

Tab. 18: Personalentwicklung im Handwerk

■	Deutschland	West	Ost
aufstocken	10,8 (14,9)	11,5 (15,9)	8,8 (13,3)
unverändert	66,4 (65,4)	69,0 (69,6)	59,4 (58,3)
verkleinern	22,7 (19,5)	19,4 (14,1)	31,3 (28,5)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () Vorjahresangaben

War es im Vorjahr gelungen, zumindest in Westdeutschland einen positiven Saldo zwischen Aufstockung und Verkleinerung zu erreichen, so ist diese Zahl 2001 Makulatur geworden: 19,4 Prozent der Betriebe in den alten Bundesländern wollen Personal abbauen, 11,5 Prozent neue Mitarbeiter einstellen. In Ostdeutschland ist die Lage prekärer. Hier stellen 8,8 Prozent der Betriebe (Vorjahr: 13,3 Prozent) Personal ein, 31,3 Prozent aber (Vorjahr: 28,5 Prozent) müssen sich von Mitarbeitern trennen.

Wenig Chancen für neue Mitarbeiter

Selbst die Branchen, deren Zukunftsprognosen gegenüber dem Vorjahr deutliche Besserungen aufwiesen (Bekleidung und Nahrungsmittel), können sich bei der Personalentwicklung nicht vom Trend abheben. Im Bereich Nahrungsmittel sind es nur 7,7 Prozent der Betriebe, die von Personalaufstockungen für die Zukunft sprechen (2000: 9,2 Prozent).

Dabei fehlt es dem Handwerk – hiervon wird im wirtschaftspolitischen Umfeld der vorliegenden Analyse noch zu reden sein – durchaus an Fachkräften. Im Grunde macht das Handwerk deutlich, wo die Probleme der Arbeitsmarktpolitik liegen. Einfache und wenig qualifizierte Arbeit muss billiger werden, damit auch in diesen Bereichen Neueinstellungen getätigt werden und Arbeitsplätze geschaffen werden. Auf der anderen Seite muss das Handwerk im Hinblick auf die so gesuchten Fachkräfte selbst aktiv werden, damit die Industrie oder attraktive Arbeitsbedingungen in der New Economy gerade die jungen und jugendlichen „High Potentials“ auf dem Arbeitsmark nicht komplett abwerben.

Tab. 19: Personalentwicklung nach Wirtschaftsbereichen

■	aufstocken	unverändert	verkleinern
Bau/Ausbau			
Deutschland	8,0 (12,3)	59,0 (64,1)	32,8 (23,3)
West	8,8 (14,9)	62,8 (70,8)	28,3 (13,7)
Ost	6,3 (9,3)	51,7 (56,1)	41,4 (34,6)
Metall			
Deutschland	12,9 (16,0)	71,3 (65,9)	15,7 (18,2)
West	13,8 (16,2)	73,2 (68,6)	12,9 (15,2)
Ost	9,8 (15,5)	65,1 (61,3)	24,4 (23,2)
Holz/Kunststoff			
Deutschland	9,2 (15,1)	70,7 (67,3)	20,1 (17,7)
West	8,9 (11,1)	70,4 (74,2)	20,7 (14,8)
Ost	10,1 (24,6)	71,7 (50,9)	18,2 (24,6)
Bekleidung			
Deutschland	12,2 (17,9)	67,3 (58,9)	20,4 (23,2)
West	5,3 (18,3)	68,4 (56,3)	26,3 (25,4)
Ost	36,4 (17,8)	63,6 (65,6)	- (16,7)
Nahrungsmittel			
Deutschland	7,7 (9,2)	69,2 (75,2)	23,1 (11,9)
West	4,3 (12,3)	78,7 (76,5)	17,0 (6,2)
Ost	16,7 (-)	44,4 (71,4)	38,9 (28,6)
sonst. Handwerk			
Deutschland	15,7 (20,2)	71,9 (64,7)	12,4 (15,1)
West	16,5 (21,9)	71,8 (66,9)	11,7 (11,3)
Ost	12,5 (15,2)	72,2 (58,1)	15,3 (26,7)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () Vorjahresangaben

3.5 Investitionen

Die Investitionsbereitschaft hat das deutsche Handwerk noch einmal um einen Prozentpunkt gegenüber dem Vorjahr heruntergefahren. 51,7 Prozent waren es 2000 – 2001 signalisieren 50,7 Prozent der Handwerksbetriebe den Willen zu Investitionen. Dieses schlechte gesamtdeutsche Abschneiden rührt vom Einbruch der Investitionsbereitschaft in Ostdeutschland her: Hier zeigen sich nur noch 40,2 Prozent der Befragten investitionsbereit, vor einem Jahr waren es noch 47,5 Prozent. Damit hat die Investitionsbereitschaft, nachdem sie seit 1997 bereits leicht sinkt, noch einmal einen deutlichen Knick ins Negative aufzuweisen. In Westdeutschland ist immerhin eine Zunahme von 54,2 Prozent (2000) auf 54,8 Prozent (2001) zu erkennen.

Wenig Investitionswille

Tab. 20: Investitionsbereitschaft im Handwerk

■	Deutschland		West		Ost	
	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein
1997	51,2	46,9	44,9	53,4	50,4	48,1
1998	51,8	47,4	53,6	45,8	50,3	48,6
1999	51,1	48,0	52,1	46,9	48,9	50,6
2000	51,7	47,8	54,2	45,3	47,5	51,9
2001	50,7	49,1	54,8	45,0	40,2	59,6

Angaben in % der Befragten, Rest o. A.

Ostdeutschlands Handwerk folgt mit seiner geringeren Investitionsbereitschaft allerdings nur der gesamtwirtschaftlichen Investitionsdynamik in Ost- und Westdeutschland. So waren es 1995 noch 13.500 DM je Einwohner, die in den neuen Ländern investiert wurden, 1999 waren es nur noch 12.300 DM.

Wenn von dem guten Investitionsklima die Rede ist, so bleibt doch zwischen Großunternehmen und mittelständischem Betrieb zu unterscheiden. So haben diese großen exportorientierten Unternehmen auch durch den schwachen Euro Zugewinne erreichen können, die den Mittelständlern nicht zugute gekommen sind. Der Sachverständigenrat führt aus: „Differenziert man nach der Unternehmensgröße, werden neue Investitionsvorhaben umso häufiger geplant, je größer die Unternehmen sind.“

Dabei ist bei den Investitionen nicht nur auf die verhalteneren Ertragsaussichten und den Attentismus im Hinblick auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung zu verweisen, sondern auch auf die Unsicherheiten, die sich im Zusammenhang mit neuen Abschreibungsregelungen der Wirtschafts- und Steuerpolitik ergeben. Mit einer Verschlechterung dieser Abschreibungsbedingungen werden Investitionsvorhaben konterkariert. So verwundert es nicht, dass Erweiterungsinvestitionen nicht mehr so häufig auf der Agenda stehen wie im Vorjahr: In Deutschland nennen 39,1 Prozent Erweiterungsinvestitionen, wenn es um die Investitionsart geht (Vorjahr: 40,1 Prozent). Weit an erster Stelle werden von 64,6 Prozent der Befragten Ersatzinvestitionen ins Feld geführt (2000: 60,9 Prozent). Beson-

Die Bedingungen für Investitionen stimmen nicht

ders ausgeprägt ist die „Wanderung“ von der Anlage- und Erweiterungsinvestition hin zum bloßen Ersatz in den neuen Bundesländern: Hier wollen nur 33,2 Prozent der Handwerksbetriebe in Erweiterungen investieren (Vorjahr: 38,7 Prozent); 64,6 Prozent haben ihr Geld nur für den bloßen Ersatz von Maschinen und Anlagen zur Verfügung (Vorjahr: 56,7 Prozent).

Tab. 21: Art der Investitionen im Handwerk

■	Deutschland	West	Ost
Erweiterung	39,1 (40,1)	40,7 (40,8)	33,2 (38,7)
Rationalisierung	30,4 (32,3)	30,7 (32,6)	29,6 (31,5)
Ersatz	64,6 (60,9)	64,6 (63,1)	64,6 (56,7)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () Vorjahresangaben, Mehrfachnennung möglich

Prognostiziert werden für 2001 Bruttoanlageinvestitionen in Deutschland in Höhe von rund 890 Mrd. DM. Dies ist gegenüber 2000 (860 Mrd. DM) ein tüchtiger Schritt nach vorn. Ob das Handwerk sich ebenso investiv verhält, muss allerdings im Zusammenhang mit der Frage nach dem Investitionsvolumen offen bleiben. Immerhin ist ein leichter Zuwachs von 0,6 Prozentpunkten für Gesamtdeutschland möglich. Auch hier ist es eher Westdeutschland (40,3 Prozent; 2000: 38,9 Prozent), das sich zu einem stärkeren finanziellen Einsatz für Investitionen bereit findet. In Ostdeutschland hat der Anteil der Handwerksbetriebe, die ein höheres Investitionsvolumen als im Vorjahr bewegen wollen, von 39,3 Prozent auf 37,2 Prozent abgenommen.

Investitionsvolumen leicht erhöht

Tab. 22: Investitionsvolumen im Handwerk

■	Deutschland	West	Ost
höher	39,6 (39,0)	40,3 (38,9)	37,2 (39,3)
gleichbleibend	43,1 (42,3)	42,4 (43,5)	45,5 (39,9)
niedriger	17,1 (17,4)	17,2 (17,3)	16,8 (17,7)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () Vorjahresangaben

■ 4 Liquiditäts- und Finanzsituation der Handwerksbetriebe

4.1 Zahlungsverhalten der Kunden des Handwerks

In Zeiten konjunktureller Abschwächung achten Unternehmen auf ihr Geld. Das spiegelt sich in den Analysen zum Zahlungsverhalten der Kunden des Handwerks wider, die in diesem Jahr eine Verbesserung zeigen.

Tab. 23: Zahlungsverhalten der Kunden des Handwerks

■	Deutschland	West	Ost
sehr gut	2,3 (2,3)	2,6 (2,6)	1,5 (1,8)
gut	19,3 (16,1)	20,5 (16,9)	16,1 (14,6)
befriedigend	39,1 (36,8)	40,3 (37,1)	36,1 (36,4)
ausreichend	21,0 (21,9)	22,2 (25,3)	17,7 (16,3)
mangelhaft	15,3 (18,1)	12,6 (15,9)	22,3 (21,8)
ungenügend	2,8 (4,0)	1,5 (1,6)	6,0 (7,9)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () Vorjahresangaben

Obwohl die mit „sehr gut“ benoteten Kundenzahlungen stagnieren, haben die ungenügenden, mangelhaften und ausreichenden Bewertungen zu Gunsten guter Bewertungen abgenommen. Am deutlichsten zeigt sich der Zuwachs bei der Note „gut“. Dieser Wert stieg für Gesamtdeutschland um 3,2 Prozentpunkte auf 19,3 Prozent. Die Verbesserung wird maßgeblich vom westdeutschen Handwerk getragen: Dort fand eine Verlagerung der Bewertungen von den drei „schlechten“ zu den drei „guten“ Noten statt. In Ostdeutschland „wanderten“ die Zahlen von ungenügend zu mangelhaft und ausreichend. Im oberen Bewertungsbereich hatten den größten Zuwachs die mit „gut“ bewerteten Zahlungseingänge (Vorjahr: 16,9 Prozent; 2000: 20,5 Prozent).

Man sieht wieder mehr auf den Zahlungseingang

Tab. 24: Zahlungsfristen der privaten Kunden nach Wirtschaftsbereichen

■	< 30 Tage	< 60 Tage	< 90 Tage	> 90 Tage
Bau/Ausbau				
Deutschland	61,4 (48,4)	34,2 (31,3)	3,0 (13,2)	0,8 (3,2)
West	59,0 (49,9)	36,0 (32,1)	3,3 (11,4)	0,8 (1,7)
Ost	65,7 (46,6)	30,7 (30,3)	2,3 (15,3)	0,8 (5,0)
Metall				
Deutschland	59,7 (61,2)	34,3 (25,0)	4,0 (10,2)	1,1 (2,7)
West	61,4 (66,1)	32,2 (22,2)	4,0 (8,8)	1,3 (1,9)
Ost	54,2 (53,0)	41,0 (29,6)	4,1 (12,5)	0,6 (4,0)
Holz/Kunstst.				
Deutschland	67,2 (62,3)	28,2 (25,7)	2,7 (4,4)	0,5 (2,1)
West	67,4 (60,5)	28,9 (27,3)	3,7 (4,8)	- (1,5)
Ost	66,6 (66,7)	26,3 (21,9)	- (3,5)	2,0 (3,5)
Bekleidung				
Deutschland	28,6 (32,6)	61,2 (55,8)	10,2 (1,1)	- (5,3)
West	26,4 (32,4)	60,5 (52,1)	13,2 (1,4)	- (7,0)
Ost	36,4 (34,8)	63,6 (65,2)	- (-)	- (-)
Nahrungsm.				
Deutschland	53,9 (49,5)	30,8 (24,8)	12,3 (3,7)	3,1 (3,7)
West	63,9 (51,9)	21,3 (28,4)	10,6 (-)	4,3 (-)
Ost	27,8 (42,9)	55,6 (14,3)	16,7 (14,3)	- (14,3)
sonst. Handw.				
Deutschland	51,8 (56,7)	41,6 (24,5)	3,9 (11,3)	1,9 (0,9)
West	52,6 (58,8)	39,2 (25,0)	4,8 (8,8)	2,4 (1,3)
Ost	48,6 (40,6)	51,4 (18,8)	- (31,3)	- (-)
Gesamt				
Deutschland	59,7 (55,2)	34,7 (28,0)	3,7 (10,3)	1,0 (2,7)
West	59,7 (57,9)	34,2 (27,4)	4,1 (8,6)	1,1 (1,8)
Ost	59,9 (50,5)	35,8 (22,9)	2,7 (19,0)	0,8 (-)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () Vorjahresangaben

Die Verbesserung im Zahlungsverhalten wird getragen von den privaten Handwerkskunden. „Fristgerecht“ eingegangene Zahlungen haben sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland zugenommen. (West 1999: 57,9 Prozent; 2000: 59,7 – Ost 1999: 50,5 Prozent; 2000: 59,9 Prozent). Als fristgerecht gilt eine Zahlung, wenn sie innerhalb von 30 Tagen nach Lieferung beziehungsweise Rechnungsstellung erbracht wird.

Eher fristgerecht

Den stärksten Zugang pünktlich erbrachter Geldleistungen erfährt das Baugewerbe. Die Zahl steigt für Gesamtdeutschland von 48,4 Prozent im letzten Jahr auf nunmehr 61,4 Prozent. Profitieren konnte vor allem das ostdeutsche Baugewerbe, dessen private Kunden nunmehr zu 65,7 Prozent pünktlich zahlen. Im Vorjahr waren es noch 46,6 Prozent. Spiegelbildlich zur Zu-

nahme der fristgerechten Zahlungseingängen insgesamt sind die Zahlungen, auf die Handwerksbetriebe 90 und mehr Tage warten müssen, rückläufig.

Anders sieht es hingegen bei den öffentlichen Kunden aus. Zwar sind die Zahlungseingänge, die nach mehr als 90 Tagen auf dem Konto des Gläubigers erscheinen von 6,0 Prozent in 1999 auf 5,6 Prozent in 2000 gefallen. Ausgeschlossen von dieser Entwicklung ist jedoch das Ostdeutsche Handwerk, dessen öffentliche Schuldner zu 7,1 Prozent erst nach mehr als 90 Tagen zahlen (Vorjahr: 4,1 Prozent).

Die Öffentliche Hand bleibt länger geschlossen

Ebenfalls rückläufig ist die Zahl der fristgerechten Zahlungseingänge. Konnten 1999 noch 35,7 Prozent pünktliche Zahler verzeichnet werden, so sind es noch 29,3 Prozent. Den größten Anteil an pünktlichen Zahlern unter Bund, Ländern und Gemeinden hat das Nahrungsmittelhandwerk mit 39,0 Prozent. Im Vorjahr lag diese Zahl allerdings noch bei 53,7 Prozent. Die meisten öffentlichen Kunden, die erst nach mehr als 90 Tagen leisten, hat das Baugewerbe. Hier stieg die Zahl von 6,6 Prozent im vergangenen Jahr auf 7,2 Prozent in 2000. Negative Beispiele machen dennoch Schlagzeilen. Zu den größten öffentlichen Kunden der Baubranche zählt die Deutsche Bahn, die sich schon seit längerer Zeit mit der Bauwirtschaft über schlechtes Zahlungsverhalten einerseits und überhöhte Rechnungen andererseits auseinandersetzt.

**Tab. 25: Zahlungsfristen der öffentlichen Kunden
nach Wirtschaftsbereichen**

■	< 30 Tage	< 60 Tage	< 90 Tage	> 90 Tage
Bau/Ausbau				
Deutschland	27,0 (34,5)	54,7 (38,3)	11,2 (20,6)	7,2 (6,6)
West	25,8 (38,6)	55,2 (34,0)	11,5 (18,1)	7,6 (9,3)
Ost	29,1 (29,4)	53,8 (43,6)	10,8 (23,7)	6,5 (3,3)
Metall				
Deutschland	30,8 (35,2)	50,8 (43,6)	12,7 (14,8)	5,7 (6,3)
West	31,0 (31,1)	52,6 (42,6)	12,2 (18,4)	4,1 (7,9)
Ost	30,0 (41,4)	45,1 (45,1)	14,1 (9,5)	10,9 (4,0)
Holz/Kunstst.				
Deutschland	30,4 (35,2)	59,9 (41,5)	7,0 (22,0)	2,8 (1,4)
West	30,5 (30,5)	58,8 (47,9)	7,6 (19,5)	3,1 (2,1)
Ost	29,9 (44,3)	62,9 (28,9)	5,2 (26,8)	2,1 (-)
Bekleidung				
Deutschland	26,6 (13,3)	48,9 (73,3)	24,4 (-)	- (13,3)
West	14,7 (2,1)	58,8 (97,6)	26,5 (-)	- (-)
Ost	63,7 (32,1)	18,2 (35,0)	18,2 (-)	- (32,6)
Nahrungsm.				
Deutschland	39,0 (53,7)	42,4 (38,9)	18,6 (7,4)	- (-)
West	43,2 (65,8)	38,6 (34,2)	18,2 (-)	- (-)
Ost	26,7 (25,0)	53,3 (50,0)	20,0 (25,0)	- (-)
sonst. Handw.				
Deutschland	31,6 (41,5)	53,3 (40,7)	11,3 (10,4)	3,9 (7,4)
West	30,6 (41,2)	54,9 (42,3)	10,9 (10,3)	3,6 (6,2)
Ost	36,0 (42,1)	45,9 (36,8)	18,0 (10,5)	- (10,5)
Gesamt				
Deutschland	29,3 (35,7)	53,4 (41,4)	11,6 (16,9)	5,6 (6,0)
West	29,1 (35,3)	54,3 (40,8)	11,6 (16,7)	5,1 (7,2)
Ost	30,2 (36,4)	51,0 (42,3)	11,6 (17,2)	7,1 (4,1)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () Vorjahresangaben

Im Mai letzten Jahres wurde das „Gesetz zur Beschleunigung fälliger Zahlungen“ verabschiedet, dessen Zweck die Stärkung der Position des Gläubigers und die Beschleunigung von Zahlungseingängen war. Eine im Herbst von Creditreform durchgeführte Befragung zeigt, dass das Gesetz nicht die vom Gesetzgeber gewünschte Wirkung erzielt hat.

Problematisch sind in erster Linie nicht die Regelungen selbst, sondern deren praktische Handhabung. So ist die Tatsache, dass die Verzugszinsen auf 5,0 Prozent über den Basiszinssatz der Europäischen Zentralbank angehoben wurden, an sich positiv zu bewerten – genutzt wird sie jedoch vielfach nicht, um keine wichtige Kunden zu verlieren. Das automatische Eintreten des Verzuges 30 Tage nach Rechnungserteilung auch

Die Angst vor dem Kunden

ohne Mahnung hat sich als wenig gläubigerfreundlich erwiesen. Denn zum einen ist es nun so, dass vor Ablauf dieser Frist kein Verzug eintritt, auch wenn die sofortige Fälligkeit der Leistung vereinbart wurde. Das heißt, dem Schuldner wird in jedem Fall ein einmonatiges zinsloses Darlehen gewährt. Zum anderen addieren sich die Fristen: Wird die Fälligkeit der Leistung beispielsweise 10 Tage nach Rechnungsstellung vereinbart, kommt der Schuldner erst nach 40 Tagen in Verzug.

Eine EU-Richtlinie, die seit dem 8.8.2000 in Kraft ist, und bis zum Jahr 2002 in geltendes Recht umgesetzt werden muss, befasst sich ebenfalls mit dem Eintritt des Verzuges. Nach dieser Richtlinie kommt der Schuldner entweder nach Ablauf des zwischen den Parteien vereinbarten Zahlungszeitpunktes in Verzug, oder nach Ablauf eines kalendermäßig bestimmten Datums, oder 30 Tage nach Rechnungserteilung. Das Problem der Beweislast, das zurzeit im deutschen Recht besteht, wird beseitigt werden. Eine weitere Änderung wird in der Anhebung des Verzugszinssatzes auf 7,0 Prozent über dem Basiszinssatz der Europäischen Zentralbank liegen. Zur Umsetzung der Richtlinie bedarf es einer Änderung der Verzugsregelungen des BGB, deren Auswirkungen dann erneut zu beurteilen sein werden.

4.2 Forderungsausfälle

Hohe Forderungsausfälle rückläufig

Die Zahl der Unternehmen, die hohe Forderungsverluste von über einem Prozent des Umsatzes zu verzeichnen haben, ist in Gesamtdeutschland um 2,8 Prozentpunkte zurückgegangen. Verantwortlich dafür ist der Rückgang der hohen Forderungsausfälle in Westdeutschland, während diese Zahl im Osten stagniert (42,6 Prozent). Die größte Anzahl hoher Forderungsverluste haben Betriebe des ostdeutschen Baugewerbes hinzunehmen: Trotz eines Rückganges in diesem Bereich liegt die absolute Zahl immer noch bei 45,8 Prozent (Vorjahr: 51,1 Prozent). Den deutlichsten Rückgang verzeichnet das ostdeutsche Holz- und Kunststoffhandwerk (1999: 49,1 Prozent; 2000: 39,4 Prozent).

**Tab. 26: Forderungsverluste in Prozent zum Umsatz
nach Wirtschaftsbereichen**

■	bis 0,1%	bis 0,5%	bis 1,0%	über 1,0%
Bau/Ausbau				
Deutschland	17,0 (12,8)	20,9 (20,9)	22,8 (18,9)	34,0 (42,5)
West	21,1 (14,5)	22,2 (25,7)	25,0 (18,2)	27,9 (35,3)
Ost	8,8 (10,8)	18,5 (15,1)	18,5 (19,8)	45,8 (51,1)
Metall				
Deutschland	22,2 (24,4)	25,4 (23,6)	22,4 (21,0)	25,1 (25,4)
West	21,9 (28,0)	29,6 (24,5)	23,4 (20,8)	19,7 (20,1)
Ost	23,2 (18,5)	12,1 (22,2)	19,4 (21,4)	42,2 (34,3)
Holz/Kunstst.				
Deutschland	16,8 (14,0)	25,2 (28,3)	24,7 (21,6)	24,9 (29,4)
West	20,4 (16,6)	28,1 (28,4)	22,6 (24,4)	19,6 (21,0)
Ost	7,1 (7,9)	17,2 (28,1)	30,3 (14,9)	39,4 (49,1)
Bekleidung				
Deutschland	8,2 (16,8)	28,6 (21,1)	32,7 (13,7)	20,4 (35,8)
West	10,5 (22,5)	21,1 (22,5)	28,9 (12,7)	26,3 (25,4)
Ost	- (-)	54,5 (16,5)	45,5 (15,9)	- (67,7)
Nahrungsm.				
Deutschland	33,8 (31,2)	29,2 (30,3)	21,5 (16,5)	7,7 (18,3)
West	38,3 (37,0)	27,7 (30,9)	23,4 (12,3)	- (14,8)
Ost	22,2 (14,3)	33,3 (28,6)	16,7 (28,6)	27,8 (28,6)
sonst. Handw.				
Deutschland	20,9 (25,6)	27,0 (25,9)	17,6 (17,9)	27,5 (19,8)
West	25,4 (27,5)	26,1 (21,9)	16,2 (21,3)	25,1 (17,5)
Ost	2,8 (20,0)	30,6 (38,1)	23,6 (7,6)	37,5 (26,7)
Gesamt				
Deutschland	19,5 (19,4)	23,9 (23,6)	22,4 (19,7)	28,4 (31,2)
West	22,0 (22,6)	26,2 (25,1)	23,1 (20,0)	23,0 (24,4)
Ost	12,9 (14,0)	17,9 (20,9)	20,6 (19,2)	42,6 (42,6)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () Vorjahresangaben

4.3 Insolvenzen im Handwerk

Die Zahl der Gesamtinsolvenzen ist im Jahr 2000 in Deutschland wieder angestiegen. Hatte es 1999 noch so ausgesehen, als sei der Zenit überschritten, so markieren die Zahlen für das Jahr 2000 mit 40.400 Gesamt- und 27.500 Unternehmensinsolvenzen einen neuen Höhepunkt.

Das Handwerk bleibt nicht verschont. Im Jahr 2000 stieg die Zahl der Betriebe, die wirtschaftlich zusammenbrachen auf 3100 Handwerksunternehmen. Das entspricht einer Steigerung von 4 Prozent. Hinzu kommt, dass „Betriebe“ mit keinem oder nur wenigen Beschäftigten in dieser Statistik nicht erfasst sind, da ihnen nach der neuen Insolvenzordnung der Weg über

**Handwerk und Insolvenz:
Leichtes Plus**

das sogenannte vereinfachte Insolvenzverfahren zur Restschuldbefreiung offen steht, und sie somit nicht zu den Unternehmensinsolvenzen zählen.

Die Zahl der Betriebe, die Forderungsverluste erlitten, weil ihr Vertragspartner insolvent wurde, ist deutschlandweit von 59,2 auf 55,7 Prozent gesunken. Bei näherer Betrachtung wird erkennbar, dass diese Verbesserung allein von den westdeutschen Handwerksbetrieben getragen wird. In Ostdeutschland stieg die Zahl der Betriebe mit Forderungsausfällen wegen Kundeninsolvenz von 63,5 auf 65,8 Prozent.

Tab. 27: Forderungsverluste wegen Kundeninsolvenzen im Handwerk

■	Deutschland	West	Ost
ja	55,7 (59,2)	51,8 (56,6)	65,8 (63,5)
nein	44,0 (39,3)	47,7 (41,5)	34,2 (35,6)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () Vorjahresangaben

Das seit dem 1.1.1999 geltende Insolvenzrecht hat nur wenig Erleichterung gebracht. Die neu geschaffene Möglichkeit des Schuldners, schon bei drohender Zahlungsunfähigkeit einen Insolvenzantrag zu stellen, um die Chancen einer Fortführung des Betriebes zu erhöhen, wird kaum genutzt. Die Zahl der Insolvenzplanverfahren – eine neue Regelung, derzufolge sich Gläubiger und Schuldner gegenüber sitzen, um einen gemeinsamen Plan zur Sanierung des Unternehmens zu entwerfen (ähnlich dem früheren Vergleichsverfahren), ist äußerst gering.

Das ebenfalls neu eingeführte Verbraucherinsolvenzverfahren mit anschließender Restschuldbefreiung, das auch für Kleingewerbetreibende und ehemalige Selbstständige gilt hat sich als wenig praktikabel erwiesen. Diese und eine Reihe weiterer Probleme haben zur Einsetzung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe geführt, die sich mit einer erneuten Reform des Insolvenzrechts befasst. Geplant ist, die erarbeiteten Neuerungen noch in diesem Jahr umzusetzen. Ein Kernbereich der neuen Regelung soll die Beschränkung des Zuganges zum Verbraucherinsolvenzverfahren sein. Es wird nur noch für Schuldner gelten, die zum Zeit-

punkt der Antragsstellung keine selbstständige wirtschaftliche Tätigkeit mehr ausüben, nicht mehr als 20 Gläubiger haben und gegen die keine Forderungen aus Arbeitsverhältnissen bestehen. So kann vielleicht verhindert werden, dass sich ein Schuldner wegen früherer geschäftlicher Verbindlichkeiten in das Verbraucherverfahren drängt, seinen Gläubigern Minimalquoten anbietet und versucht, sich seiner Schulden zu entledigen, ohne die Last einer siebenjährigen Wohlverhaltensperiode tragen zu müssen. Weiterhin geplant ist, mittellosen Schuldnern die Verfahrenskosten für ein Insolvenzverfahren zu stunden, damit es nicht mehr zu einer Abweisung mangels Masse kommt, wenn der Schuldner die Verfahrenskosten nicht aufbringen kann. Gegen diese Regelung wehren sich die Länder, da sie mit einer Mehrbelastung ihrer Haushalte in zweistelliger Millionenhöhe rechnen.

Handwerker im „Verbraucherkonkurs“

Mit den gestiegenen Insolvenzzahlen für Handwerksbetriebe geht die Abnahme der Eigenkapitalquoten für Handwerksbetriebe einher. Je mehr Eigenkapital in einem Unternehmen steckt, desto eher können Forderungsausfälle und konjunkturelle Krisen aufgefangen werden.

Tab. 28: Eigenkapitalquoten der Handwerksbetriebe

■	Deutschland	West	Ost
bis 10%	39,1 (39,6)	37,0 (35,1)	44,6 (47,5)
bis 20%	29,4 (27,6)	30,7 (31,8)	26,1 (20,3)
bis 30%	15,1 (13,9)	15,1 (13,6)	15,3 (14,5)
über 30%	15,0 (18,9)	16,2 (19,5)	11,9 (17,8)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () Vorjahresangaben

Betriebe, die über „solides Eigenkapital“ von mehr als 30 Prozent verfügen, sind im letzten Jahr um 3,9 Prozentpunkte auf 15,0 Prozent zurückgegangen (Vorjahr: 18,9). In Ostdeutschland fiel die Zahl von 19,5 Prozent in 1999 auf nunmehr 11,9 Prozent. Die Zahl der unterkapitalisierten Betriebe, die also nur über Eigenkapitalquoten von bis zu 10 Prozent verfügen, fiel im vergangenen Jahr leicht von 39,6 auf 39,1 Prozent. Zu beachten ist jedoch, dass viele gerade kleinere Betriebe sogenanntes „Lovemoney“ einsetzen, das in der Statistik nicht erscheint. Unter „Lovemoney“ versteht

Eigenkapital magerer

man den Einsatz von Kapital und Arbeitskraft durch Freunde und Verwandte in einem Unternehmen.

Basel und die Folgen

Die finanziellen Probleme gerade kleiner Handwerksbetriebe werden durch die Vorgaben des Basler Akkordes noch verstärkt. Das Basler Komitee fordert für die Banken eine Absicherung ihrer Risikopositionen im Firmenkundengeschäft durch entsprechende Eigenkapitaleinlagen. Das heißt: je höher die Bonität des Kreditnehmers, desto weniger Eigenkapital muss die Bank bereithalten. Liegt der umgekehrte Fall vor, also ein Unternehmen mit relativ schwacher Bonität begehrt einen Kredit, muss die Bank eine größere Menge Eigenkapital „auf Lager“ haben, um höhere Ausfallrisiken abzusichern. Die Folge: Banken machen ihre Kreditkonditionen stärker von der Bonität ihres Kunden abhängig und haben ein größeres Interesse daran, Unternehmen mit guter Bonitätseinstufung zu ihren Kunden zu zählen. Unternehmen können sowohl bankinterne als auch externe Ratings zur Bonitätsbestimmung nutzen. Mit einem unabhängigen, externen Rating besitzen sie in Zukunft eine bessere Verhandlungsposition gegenüber der Bank – ein gutes Rating vorausgesetzt.

■ **5 Wirtschaftspolitisches Umfeld**

5.1 Arbeitsmarkt und Ausbildungsplätze

Nach Einführung der Greencard für die IT-Branche erheben sich in vielen anderen Branchen Klagen über fehlende Fachkräfte. Forderungen nach einer Ausweitung der Greencard – auch auf traditionelle Bereiche – werden gestellt. Eine Studie der Dresdner Bank ergibt, dass jeder fünfte Mittelständler offene Stellen aufgrund des Fachkräftemangels nicht besetzen kann.

Tab. 29: Mangel an qualifizierten Fachkräften

■	Deutschland	West	Ost
ja	42,8	49,4	25,6
nein	57,0	50,4	74,0

Angaben in % der Befragten, Rest o. A.

In Deutschland leiden knapp 43 Prozent der Handwerksbetriebe unter einem Fachkräftemangel – in

Westdeutschland ist es jeder zweite Handwerksbetrieb, dem Fachkräfte fehlen, in Ostdeutschland sind es dagegen nur 25,6 Prozent. Wie wichtig Fachkräfte für den Mittelstand sind, zeigt die erwähnte Studie: 79 Prozent der neugeschaffenen Arbeitsplätze im Mittelstand wurden mit qualifizierten Arbeitskräften besetzt, die eine abgeschlossene Lehre vorweisen konnten. In Großkonzernen lag der Anteil im letzten Jahr nur bei 57 Prozent.

Greencard fürs Handwerk?

In der Diskussion um die Greencard wird auch auf den in den kommenden Jahren sich massiv verändernden Ausbildungsmarkt hingewiesen. Aufgrund der demografischen Entwicklungen wird schon ab 2006 die Zahl der Bewerber deutlich zurückgehen.

Betrachtet man die vorliegenden Umfrageergebnisse, wird deutlich, dass das Handwerk sich bemüht, den Fachkräftemangel vor allem durch Aus- und Fortbildung zu beheben. Dies wird von den Befragten als wichtigstes Instrument im Kampf gegen Fachkräftemangel genannt (68,4 Prozent). Mit einem guten Betriebsklima wollen 60,7 Prozent Ihre Mitarbeiter motivieren und so die angestellten Fachkräfte an sich binden. Neben den beiden erstgenannten Möglichkeiten spielt auch die Fortbildung der Handwerker eine wichtige Rolle – auch vor traditionellen Berufen macht die technische Entwicklung nicht halt. Dieses Mittel setzen rund 51 Prozent der Handwerksbetriebe ein, um Mitarbeiter zu qualifizieren. Die Gelegenheit, Mitarbeiter durch höhere Gehälter oder Prämienzahlungen zu halten oder neue anzuwerben, spielt dagegen im Handwerk eine nur untergeordnete Rolle.

Handwerk für Ausbildung

Die Situation auf dem Ausbildungsmarkt befindet sich im Wandel. Herrschte in den vergangenen Jahren Lehrstellenmangel, so kommen nun positive Signale aus den Betrieben und Berufsschulen. Rein rechnerisch, so das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln, kam im Jahr 2000 auf jeden Bewerber eine Lehrstelle. Während in Westdeutschland zu Beginn des Ausbildungsjahres noch mehr Lehrstellen als Bewerber verzeichnet wurden, bleibt die Lage im Osten ungleich

Lehrstellen im Osten schwieriger

schwieriger – hier mangelt es weiterhin an freien Lehrstellen.

Jeder dritte Lehrvertrag wird im Handwerk geschlossen. Die schlechte konjunkturelle Lage des Handwerkes, insbesondere beim Bau, ist natürlich auch bei den Lehrstellen nicht ohne Wirkung geblieben – in Westdeutschland wurden 3,4 Prozent weniger Ausbildungsverträge als 1999 unterschrieben, in Ostdeutschland sank die Zahl um 11,4 Prozent.

Von den befragten Unternehmen gaben 62,1 Prozent an, regelmäßig Auszubildende einzustellen. Während der Anteil ausbildungswilliger Betriebe in Westdeutschland bei 64,7 Prozent liegt, planen in Ostdeutschland nur 55,5 Prozent die Vergabe von Lehrstellen. Jeder zehnte Handwerker will in diesem Jahr das Angebot an Lehrstellen erhöhen. Demgegenüber werden 8,1 Prozent der Unternehmen weniger Auszubildende einstellen als im Jahr 2000. Auch hier zeigt sich das regionale Ost-West-Gefälle. Während in Westdeutschland 6,7 Prozent der Handwerks-Betriebe weniger Lehrstellen anbieten wollen, liegt die Zahl der Unternehmen in Ostdeutschland bei 12,2 Prozent. Fast zwei Drittel der Unternehmen werden die Zahl der Ausbildungsplätze nicht verändern.

Tab. 30: Einstellung von Auszubildenden 2001

■	Deutschland	West	Ost
ja, Anzahl wird erhöht	10,3	11,2	7,6
ja, Anzahl bleibt gleich	61,7	64,6	52,9
ja, Anzahl wird gesenkt	8,1	6,7	12,2
nein	19,5	17,1	26,7

Angaben in % der Befragten, Rest o. A.

Kompetenz der Hauptschule steigern

Erfreulich ist, dass über 60 Prozent des Handwerks keine Probleme bei der Besetzung der Lehrstellen haben. Größtes Hindernis für den Abschluss eines Ausbildungsvertrages ist nach Aussage des Handwerkes die mangelnde Qualifikation des Bewerbers (32,6 Prozent). Der Großteil der Berufsstarter im Handwerk kommt von der Hauptschule - im Bezirk der Hand-

werkskammer Düsseldorf hat jeder zweite Lehrling einen Hauptschulabschluss.

Tab. 31: Probleme bei der Besetzung von Ausbildungsstellen (Deutschland)

■	ja, Stellen bleiben unbesetzt	2,3
	ja, Qualifikation ist zu schlecht	32,6
	ja, Arbeitsamt musste helfen	2,0
	ja, Ausbildungsplatz wurde nicht besetzt	1,7
	nein	60,9

Angaben in % der Befragten, Rest o. A.

5.2 Gründungsgeschehen im Handwerk

Das Handwerk ist mit knapp fünf Prozent am gesamten Gründungsgeschehen von Unternehmen in Deutschland beteiligt. So wurden 1999 nach Angaben des ZDH 37.500 Handwerksbetriebe gegründet. Bei der aktuellen Umfrage befragte Creditreform Unternehmen, die jünger als fünf Jahre sind, nach ihren Erfahrungen beim Schritt in die Selbstständigkeit. Vor der Gründung der eigenen Firma lassen sich drei Viertel der befragten Betriebe beraten und über die Vor- und Nachteile der Selbstständigkeit aufklären. Nur 24,1 Prozent der Handwerker wagten den Schritt in die berufliche Freiheit ohne Beratung.

Tab. 32: In Anspruch genommene Beratungsstellen bei der Unternehmensneugründung (Deutschland)

■	Handwerkskammer / IHK	74,6
	Steuerberater	74,3
	Bank / Kreditinstitut	59,0
	spezielle Gründungsinitiativen	14,0
	Deutsche Ausgleichsbank (DtA)	8,5
	Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)	5,9

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., Mehrfachnennung möglich

Wichtigster Ansprechpartner bei der Beratung ist für das Handwerk die Handwerkskammer oder die Industrie- und Handelskammern – 74,6 Prozent der Handwerker haben sich bei den Gründungsberatern der verschiedenen Kammern informiert. Weitere wichtige Hilfen vor dem Start des eigenen Unternehmens sind

Die Kommunen helfen

Steuerberater und Bank- oder Kreditinstitute. An diesen Möglichkeiten orientierten sich 74,3 Prozent beziehungsweise 59 Prozent der Gründungswilligen. Angebote von speziellen Gründungsinitiativen, wie in NRW die Gründungsoffensive GO! der Landesregierung wurden von den Jungunternehmern selten in Anspruch genommen. Auch die Beratungsangebote der Deutschen Ausgleichsbank oder der Kreditanstalt für Wiederaufbau wurden von den befragten Unternehmern eher zurückhaltend genutzt.

Tab. 33: Finanzierung der Unternehmensneugründung (Deutschland)

■	eigenes Startkapital	85,9
	Kredit der Hausbank	46,3
	sonstige Förderprogramme	23,9
	Fördermittel der DtA	16,9
	Fördermittel der KfW	11,2
	Fördermittel der EU	5,9

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., Mehrfachnennung möglich

Bei der Umsetzung der Gründung greifen die meisten Handwerker auf eigenes Startkapital zurück. Ihre Ersparnisse nennen rund 86 Prozent der Handwerker als wichtige Finanzquelle. Darüber hinaus ist der Kredit der Hausbank eine weitere wichtige Geldquelle für die Existenzgründer – 46,3 Prozent finanzieren hierüber den Weg in die Selbstständigkeit. Spezielle Fördermittel der Europäischen Union oder der beiden Gründerbanken – Deutsche Ausgleichsbank und Kreditanstalt für Wiederaufbau – wurden demgegenüber von den Befragten seltener in Anspruch genommen.

Die Deutsche Ausgleichsbank unterstützte 1999 Handwerker bei der Unternehmensgründung mit rund 2,5 Milliarden €. Dank dieser finanziellen Unterstützung wurden 17.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Die Bedeutung des Gründungsgeschehens verdeutlicht eine weitere Zahl: 35,6 Prozent aller Zusagen von Fördermitteln entfielen bei der DtA in der letzten Dekade auf das Handwerk.

Nicht nur die Frage nach der Geldquelle, auch die Höhe des benötigten Kapitals spielt bei der „Geburt“ des

Eher bescheidener Kapitalbedarf

eigenen Betriebes eine wichtige Rolle. Der Großteil der befragten Handwerker benötigte Startkapital bis 50.000 DM – 45,3 Prozent nannten diesen Betrag als notwendiges Anfangskapital. Weitere 18,4 Prozent brauchten mindestens 100.000 DM. Der Anteil der Unternehmer, die einen zum Teil deutlich höheren Kapitalbedarf jenseits der 200.000 DM verzeichneten, summiert sich auf rund 20 Prozent der Jungunternehmer.

Tab. 34: Höhe des Kapitalbedarfs bei der Unternehmensneugründung (Deutschland)

■	bis DM 50.000	45,3
	bis DM 100.000	18,4
	bis DM 150.000	12,6
	bis DM 200.000	4,5
	bis DM 500.000	10,3
	über DM 500.000	4,5

Angaben in % der Befragten, Rest o. A.

Für Existenzgründer stellt die Frage nach der Finanzierung eine Hürde vor dem Start ins unternehmerische Leben dar. So gab auch jeder dritte Handwerker an, dass die Beschaffung des Kapitals mit Problemen verbunden war. Erfreulich natürlich, dass demgegenüber für 62,3 Prozent die Suche nach Startkapital ohne Schwierigkeiten verlief.

Sicherheiten gefragt

Tab. 35: Probleme bei der Kapitalbeschaffung (Deutschland)

■	ja	35,1
	nein	62,3

Angaben in % der Befragten, Rest o. A.

Kredite erhalten nur diejenigen, die ausreichende Sicherheiten bieten können. Gerade hier lag für die Handwerk-Start-Ups das größte Hindernis, notwendiges Kapital von der Bank zu erhalten. Für 78,2 Prozent der Befragten stellten fehlende Kreditsicherheiten eine Barriere bei der Beschaffung des Startkapitals dar. Fehlendes Verständnis der Kreditgeber für das unternehmerische Konzept führten 63,3 Prozent der Unternehmer als Hindernis an.

**Tab. 36: Art der Probleme bei der Kapitalbeschaffung
(Deutschland)**

■	fehlende Kreditsicherheiten	78,2
	fehlendes Verständnis für das Unternehmenskonzept	63,3
	„falscher“ Finanzierungspartner	23,1
	zu hoher Kapitalbedarf	8,2

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., Mehrfachnennung möglich

In den nächsten Jahren wird sich der Kapitalmarkt aufgrund Basel II deutlich verändern. Auch Existenzgründer werden von den neuen Regeln zur Eigenkapitalunterlegung der Banken bei der Kreditvergabe betroffen sein. Welche Auswirkungen Basel II auf die deutsche Gründungsdynamik haben wird, wird erst in den kommenden Jahren zu erkennen sein. Sicherheiten und durchdachte Konzepte werden zum Erreichen günstiger Finanzierungsoptionen aber immer wichtiger werden.

■ 6 Zusammenfassung

Zwei Entwicklungen kennzeichnen die negativen Konjunktüreinschätzungen im deutschen Handwerk: die andauernde Krise am Bau sowie die schwierige Wirtschaftslage in Ostdeutschland. Allerdings fällt auch in Westdeutschland die Einschätzung der aktuellen Situation dürrtiger als im Vorjahr aus. Die insgesamt gute Gesamtkonjunktur dank des Exportbooms hat sich – wenn überhaupt – nur wenig beim Handwerk niedergeschlagen.

Das derzeitige Geschäftsklima wird von den Handwerkern zurückhaltender bewertet. Nur noch 29,5 Prozent schätzen die Geschäftslage mit gut beziehungsweise sehr gut ein – gegenüber 2000 ein Rückgang um 4 Prozentpunkte. Gleichzeitig stieg der Anteil schlechter Bewertungen binnen Jahresfrist auf 22,5 Prozent (2000: 18,4 Prozent). In Westdeutschland schätzen 17,0 Prozent der befragten Handwerker die Geschäftslage als mangelhaft oder ungenügend ein (Vorjahr: 13,2 Prozent), im Osten sprechen 36,5 Prozent der Unternehmer von einer schlechten Geschäftslage – im Vorjahr waren es nur 27,2 Prozent. Während

die Lage im Baugewerbe – insbesondere beim ostdeutschen Bausektor - immer noch schwierig bleibt, entwickeln sich die Bereiche Nahrungsmittel und Textil/Bekleidung/Leder gegen den Trend. Die guten Noten konnten binnen Jahresfrist deutlich zulegen (Nahrungsmittel: plus 3,8 Prozentpunkte, Textil/Bekleidung/Leder: plus 14,1 Prozentpunkte).

Der konjunkturelle Rückgang zeigt sich auch bei den Umsätzen: So verzeichneten nur 21,8 Prozent im letzten Halbjahr steigende Umsätze – im Vorjahr sprachen noch 30 Prozent der Handwerker von höheren Umsätzen. Der Anteil der Unternehmen mit gesunkenen Umsätzen nahm um 9,3 Prozentpunkte auf 35,2 Prozent zu. Auch hier zeigt sich die schwierige Lage am Bau: Konnten 2000 noch 22,9 Prozent der Handwerksunternehmen steigende Umsätze vorweisen, sind es aktuell nur noch 13,7 Prozent. Fast jeder zweite Betrieb im Baugewerbe musste Umsatzeinbußen hinnehmen – in Ostdeutschland liegt die Zahl mit 59 Prozent sogar deutlich höher.

Auf dem Arbeitsmarkt hat sich die konjunkturelle Abkühlung ebenfalls negativ ausgewirkt. Verzeichneten im Jahr 2000 noch 20 Prozent der Befragten einen höheren Personalbestand, so sind es nun 15,7 Prozent. Gleichzeitig stieg die Zahl der Betriebe, die im abgelaufenen Jahr Personal freisetzen mussten, um 6,1 Prozentpunkte auf 35,7 Prozent. Der negative Saldo nahm wieder auf insgesamt 20 Prozent zu.

Beim Blick auf die künftige Entwicklung des Handwerks scheint keine Besserung in Sicht. So ist die Zahl der Unternehmer mit steigenden Umsatzerwartungen auf 23,6 Prozent gesunken (Vorjahr: 29,0 Prozent), bei gleichzeitiger Zunahme der negativen Erwartungen (2001: 28,7 Prozent; 2000: 21,2 Prozent). Eine sprunghafte Verschlechterung verzeichnen die Umsatzerwartungen in Westdeutschland: der Anteil der Handwerker mit positiven Umsatzprognosen nahm um 9,1 Prozentpunkte ab (25,1 Prozent); die Zahl der Pessimisten liegt aktuell bei 25,6 Prozent – im Vorjahr waren es noch 17,7 Prozent. In den neuen Bundesländern rechnen 19,6 Prozent der Befragten mit einer

positiven Umsatzentwicklung – binnen Jahresfrist stagniert der Wert fast. Umsatzrückgänge erwarten 36,6 Prozent.

Der Preisdruck (höhere Energiepreise) nimmt auch für das Handwerk zu. So planen 27,7 Prozent der deutschen Handwerker eine Erhöhung der Angebotspreise – im Jahr 2000 waren es nur 17,2 Prozent. Preissenkungen werden wohl 20,6 Prozent der Handwerksbetriebe vornehmen (2000: 31,6 Prozent).

Trotz steigender Preise rechnen weniger Handwerker in Deutschland mit höheren Erträgen. Während die Zahl der Unternehmer mit positiven Gewinnerwartungen im Jahr 2001 bei 19,6 Prozent liegt (2000: 24,1 Prozent), kalkulieren 34,1 Prozent mit sinkenden Gewinnen (Vorjahr: 27,2 Prozent). Im Osten fürchten sogar 40,6 Prozent unter dem Strich geringere Einnahmen (2000: 34,8 Prozent) – im Westen sind es aktuell 31,5 Prozent (Vorjahr: 22,6 Prozent). Gegen den Negativtrend stemmen sich die Bekleidungsbranche sowie das Nahrungsmittelhandwerk. Beide Bereiche erhoffen zumindest teilweise Zuwächse bei den Gewinnen.

Die sinkenden Erwartungen bei den Erträgen und Umsätzen schlagen sich auch bei den Personalplanungen nieder. Der positive Saldo zwischen Einstellung und Entlassung, der im Vorjahr in Westdeutschland noch erreicht worden war, ist wieder ins Negative zurückgefallen: in den alten Bundesländern planen 19,4 Prozent Verkleinerungen, aber nur 11,5 Prozent wollen ihren Personalbestand aufstocken. Problematischer gestaltet sich die Situation in den neuen Bundesländern: 8,8 Prozent der Handwerker planen, Personal einzustellen; 31,3 Prozent dagegen werden den Personalbestand verkleinern. Auch die Bereiche Bekleidung und Nahrungsmittel können sich hier nicht profilieren – trotz positiver Signale bei den Umsätzen und Erträgen.

Das wirtschaftliche Ost-West-Gefälle wird auch beim Blick auf die Entwicklung der Investitionsbereitschaft sichtbar. Lag 1997 der Anteil investitionsbereiter Be-

triebe in Westdeutschland bei 44,9 Prozent, planen nun 54,8 Prozent, in ihr Unternehmen zu investieren. Gegensätzlich dazu verläuft die Entwicklung im Osten: Die Quote sank von 50,4 Prozent investitionswilliger Firmen 1997 auf aktuell 40,2 Prozent. Bleibt zu fragen, ob sich hier die Änderungen der Steuerreform mit verlängerten Abschreibefristen niederschlagen.

Das Zahlungsverhalten bewertet das deutsche Handwerk besser als im vergangenen Jahr. Diese Entwicklung steht sicherlich mit der konjunkturellen Schwäche im Zusammenhang: Wer weniger Aufträge hat, achtet auf eine pünktliche Begleichung der Rechnung. Um 3,2 Prozentpunkte stieg der Anteil guter und sehr guter Bewertungen des Zahlungsverhaltens (2000: 18,4 Prozent; 2001: 21,6 Prozent). Schlechte Noten verteilen in Deutschland 18,1 Prozent der Handwerker (2000: 22,1 Prozent). Die positiven Noten beruhen auf den insgesamt schnelleren Zahlungseingängen, die das Handwerk zu verzeichnen hat. Allerdings beschränkt sich diese Entwicklung auf das Zahlungsverhalten der privaten Kunden. Handwerker, die im öffentlichen Auftrag arbeiten, berichten dagegen über längere Zahlungsfristen. So verbesserte sich beispielsweise die Quote privater Kunden im Baugewerbe, die innerhalb 30 Tagen zahlen, auf 61,4 Prozent (Vorjahr: 48,4 Prozent). Bei den öffentlichen Kunden verschlechterte sich der Anteil von 34,5 Prozent auf aktuell 27,0 Prozent.

Die aktuelle Insolvenzentwicklung findet auch im Handwerk ihren Niederschlag. So stieg im letzten Jahr die Zahl der Unternehmensinsolvenzen im Handwerk um 4 Prozent auf insgesamt 3.100 Insolvenzfälle; dabei nutzt auch mancher Handwerker die Möglichkeit des einfachen „Verbraucherkonkurses“ und fällt so aus der Unternehmensstatistik heraus. Im Einklang mit den steigenden Insolvenzzahlen steht auch die Verschlechterung der Eigenkapitalquoten. Die Zahl der unterkapitalisierten Unternehmen mit einem Eigenkapital von weniger als 10 Prozent stagniert deutschlandweit auf Vorjahresniveau (2000: 39,6 Prozent; 2001: 39,1 Prozent). Gleichzeitig sank aber die Quote der kapitalstarken Handwerks-Betriebe mit mehr als 30

Prozent Eigenkapital binnen Jahresfrist um 3,9 Prozentpunkte auf 15,0 Prozent. Es ist zu befürchten, dass sich die Finanzlage der Handwerksbetriebe infolge der Veränderungen am Finanzmarkt durch Basel II noch weiter verschlechtern wird. Auch ein weiteres Ansteigen der Insolvenzfälle ist nicht auszuschließen.

Nicht nur die High-Tech-Branchen haben Probleme infolge fehlender Fachkräfte. So klagen 42,8 Prozent der deutschen Handwerker über fehlendes Personal mit entsprechenden Fachkenntnissen. Wichtigstes Mittel im Kampf gegen den Fachkräftemangel ist die Ausbildung junger Menschen zu qualifizierten Mitarbeitern (68,4 Prozent). Daneben spielt ein gutes Betriebsklima (60,7 Prozent) sowie die Fortbildung der Angestellten eine wichtige Rolle (51 Prozent), Fachkräfte an den Betrieb zu binden.

Im personalintensiven Handwerk wird jeder dritte Ausbildungsvertrag unterschrieben. So planen insgesamt 62,1 Prozent der Befragten, auch in diesem Jahr wieder eine Lehrstelle zu vergeben. Jeder zehnte Betrieb will sogar die Zahl der Ausbildungsplätze erhöhen. Dem stehen 8,1 Prozent Unternehmen gegenüber, welche die Ausbildungskapazität reduzieren wollen – in Westdeutschland planen 6,7 Prozent eine Verringerung des Angebotes, in Ostdeutschland sind es 12,2 Prozent. Unter dem Strich wird es im Handwerk in diesem Jahr mehr Ausbildungsplätze geben.

Der Beratungsbedarf im Handwerk vor der Unternehmensgründung ist hoch. Vor dem Schritt in die Selbstständigkeit lassen sich über drei Viertel der Befragten beraten. Als wichtigste Ansprechpartner werden neben den Handwerkskammern (74,6 Prozent), Steuerberatern (74,3 Prozent) und Bankinstitute (59 Prozent) genannt. Angebote der DtA oder KfW werden von Jungunternehmern eher selten in Anspruch genommen (DtA: 8,5 Prozent; KfW:5,9 Prozent). Bei der Finanzierung des neuen Unternehmens klagt jeder dritte Existenzgründer über Probleme bei der Beschaffung des Startkapitals. Größtes Hindernis, einen Bankkredit zu erhalten, stellen fehlende Kreditsicherheiten dar (78,2 Prozent). Fehlendes Verständnis für das unternehme-

rische Konzept führen 63,3 Prozent der Befragten als Hinderungsgrund bei der Kapitalbeschaffung ins Feld.

■ 7 Basis der Untersuchung

7.1 Begriffsbestimmung

Als Handwerksunternehmen wurden Betriebe befragt, die in der Handwerksrolle eingetragen sind. Die Befragung wurde von Ende Januar bis Ende Februar durchgeführt bzw. ausgewertet. In die Untersuchung gingen insgesamt 3.562 Handwerksunternehmen aus Ost- und Westdeutschland ein.

7.2 Untersuchungsbreite

Tab. 37: Anzahl der befragten Unternehmen

■	Bau- und Ausbauhandwerk	1.404
	Metallhandwerk	1.312
	Holz- und Kunststoffhandwerk	369
	Bekleidungshandwerk	49
	Nahrungsmittelhandwerk	65
	sonstiges Handwerk	363
	Gesamt	3.562

7.3 Struktur der Unternehmen nach Rechtsform

Tab. 38: Rechtsformen der befragten Unternehmen

■	Einzelkaufmann	35,4
	OHG	0,7
	KG	1,7
	GmbH & Co. KG	9,5
	GmbH	49,2
	Sonstige	3,4

Angaben in % der Befragten, Rest o. A.

7.4 Betriebsgrößenordnung

Tab. 39: Anzahl der Beschäftigten

■	bis 5	23,1
	6 – 10	20,8
	11 – 20	22,6
	21 – 50	20,5
	über 50 Personen	13,0

Angaben in % der Befragten, Rest o. A.

7.5 Sitz des Unternehmens

Tab. 40: Sitz des Unternehmens

■	Schleswig-Holstein	3,1
	Hamburg	0,8
	Niedersachsen	11,2
	Bremen	0,9
	Nordrhein-Westfalen	21,8
	Hessen	6,9
	Rheinland-Pfalz	4,2
	Baden-Württemberg	8,7
	Bayern	11,1
	Saarland	1,4
	Berlin (West)	2,0
	Mecklenburg-Vorpommern	4,5
	Sachsen-Anhalt	5,0
	Brandenburg	5,4
	Thüringen	4,4
	Sachsen	7,0
	Berlin (Ost)	1,5

Angaben in % der Befragten

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschafts- und Konjunkturforschung
Leitung: Michael Bretz, Telefon: (02131) 109-171
Hellersbergstr. 12, D - 41460 Neuss

Alle Rechte vorbehalten

© 2001, Verband der Vereine Creditreform e.V.,
Hellersbergstr. 12, 41460 Neuss

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e. V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzausgaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.

Neuss, 09. März 2001